

SOCIALISMUS ANO



OKUPACE NE!!!

1968: Prager Frühling

Eine Chance für echten Sozialismus !?

1968: Prager Frühling

Eine Chance für echten Sozialismus !?

1. Auflage, Juli 2008

Bild am Umschlag: „Sozialismus ja – Okkupation nein!!!“
Plakat aus den Tagen der Intervention in Prag

Besten Dank für Layout und Umschlaggestaltung an Harald Mahrer.

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:
Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
Druck: digiDruck GmbH, 1100 Wien

VORWORT

Diese Broschüre der Sozialistischen LinksPartei erscheint nicht zufällig zum 40. Jahrestag des „Prager Frühlings“. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ predigen bürgerliche KommentatorInnen das „Ende der Geschichte“, behaupten, dass Osteuropa das Beispiel für die Überlegenheit des Kapitalismus sei und das Beispiel dafür, dass Sozialismus nicht funktioniere. Der Jahrestag bietet einerseits einen Anlass für Linke sich mit diesem Kapitel der Geschichte des Stalinismus und des antistalinistischen Widerstandes auseinanderzusetzen und daraus Lehren für den heutigen Kampf für eine demokratische sozialistische Gesellschaft zu ziehen. Andererseits wird in der heutigen Gesellschaft – wie auch in jedem vorhergegangenen Herrschaftssystem – Geschichte zur Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse benutzt. Manche plumperen bürgerlichen Darstellungen versuchen zu suggerieren, dass der „Prager Frühling“ ein Aufstand der tschechoslowakischen Bevölkerung gegen die Planwirtschaft und für eine kapitalistische Wirtschaftsform gewesen sei. Auch dem gilt es eine differenzierte Sicht der Dinge entgegenzusetzen. Doch nicht nur von bürgerlicher Seite ist manchmal zu vernehmen, dass der „Prager Frühling“ ein Versuch war, den Kapitalismus wieder einzuführen. Auch die stalinistische Bürokratie rechtfertigte mit dem Argument der „konterrevolutionären Gefahr“ der Einführung des Kapitalismus den Einmarsch. Deshalb sollen einerseits die wahren Beweggründe der sowjetischen Bürokratie – nämlich die Machtbedrohung durch die Bewegung bzw. die Unzufriedenheit der Menschen – deutlich gemacht werden. Andererseits soll in diesem Zusammenhang aber auch das Wirtschafts- und Gesellschaftskonzept der „Reformer“ diskutiert werden und der Frage nachgegangen werden: Wollte die tschechoslowakische KP damals tatsächlich den Kapitalismus einführen? Und was wollte die Bevölkerung? Denn entgegen bürgerlicher Behauptungen war Osteuropa nicht sozialistisch, sondern stalinistisch und die Menschen, die 1953 (DDR), 1956 (Ungarn und Polen) und 1970 (Polen) protestierten hatten nicht eine Restauration des Kapitalismus im Sinn, sondern viel eher ging es ihnen um „echten Sozialismus“.

Besonders wichtig und interessant ist die Frage nach den Formen der politischen Aktivität und dem Niveau des Bewusstseins der ArbeiterInnen und Jugendlichen während des „Prager Frühlings“. Wie war die Stimmung in der Bevölkerung und was versprachen sich die Menschen vom Reformprozess? Wie waren die Reaktionen der Menschen auf Dubčeks abwartende Haltung gegenüber Moskau und seine zögerliche Politik und welchen Charakter hatte der Widerstand gegen den Einmarsch? Hier ist vor allem eine zunehmende Radikalisierung der Bewegung erkennbar, die erst nach dem Einmarsch ihren Höhepunkt erreichte und in Vorwürfen des Verrates an die „Reformer“ gipfelte.

Ein Argument, das oft von bürgerlicher Seite angeführt wird, ist, dass der „Prager Frühling“ endgültig gezeigt habe, dass ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ nicht verwirklichtbar sei, sondern Sozialismus real immer die Einschränkung demokratischer Rechte bedeute. Deshalb sollen in der

vorliegenden Broschüre nicht nur das inhaltliche Programm, sondern auch die Methoden der „Reformer“ einer Analyse unterzogen werden. In diesem Zusammenhang ist es auch ein wesentliches Anliegen dieser Broschüre, der Heroisierung der „Reformer“, wie sie in bürgerlichen Medien oft betrieben wird, ihre reale Politik entgegenzustellen, die darauf ausgerichtet war die eigene Macht zu erhalten, die Bewegung zu bremsen und den Widerstand gegen den Einmarsch zu demobilisieren. Denn die ArbeiterInnen und Jugendlichen wollten viel weiter gehen, als es den „Reformern“ lieb war, sie kämpften zum überwiegenden Teil für einen echten Sozialismus.

Schließlich soll die Broschüre nicht nur einen Überblick über Verlauf und Charakter des „Prager Frühlings“ geben, sondern die Bewegung in der Tschechoslowakei ČSSR auch in einen breiteren historischen Kontext stellen. Aus diesem Grund finden sich in der Broschüre auch ein Text zur Tradition der tschechoslowakischen ArbeiterInnenbewegung, sowie ein weiterer, der sich mit Entstehung und Charakter des Stalinismus in der Tschechoslowakei beschäftigt: Denn die tschechoslowakische ArbeiterInnenbewegung weist eine reiche Tradition auf. Die Texte machen auch deutlich, dass der Stalinismus eben keine Spielart des Sozialismus ist, sondern eine repressive Diktatur, die die Idee eines echten – demokratischen – Sozialismus leider in den Augen vieler Menschen diskreditiert hat. Der russische Revolutionär Leo Trotzki hat in seiner Analyse des Stalinismus klar gemacht, dass es für die stalinistischen Staaten nur zwei Entwicklungsmöglichkeiten gibt: zurück zum Kapitalismus oder mit einer politischen Revolution vorwärts zum Sozialismus. Der „Prager Frühling“ war vor allem ein großartiges Beispiel dafür, wie sich ArbeiterInnen und Jugendliche organisieren um für echten Sozialismus zu kämpfen.

1968: Prager Frühling

Eine Chance für echten Sozialismus !?

Nora Brandes

DIE URSACHEN DER EINLEITUNG DES REFORMPROZESSES „VON OBEN“

Der Stalinismus war – trotz der grundlegenden Überlegenheit der Planwirtschaft – nicht in der Lage, die Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse in Osteuropa zu befriedigen. Die undemokratischen Strukturen und die Mängel in der Versorgung mit Konsumgütern führten immer wieder zu Unruhen und Protesten. In der Tschechoslowakei selbst stagnierte die Produktion in den 1960er Jahren. Im Vergleich zu anderen Krisen und Aufständen in stalinistischen Ländern unterschied sich der „Prager Frühling“ dadurch, dass in der ČSSR ein Teil der Führung – beispielsweise im Gegensatz zu Ungarn 1956 – schneller auf Unzufriedenheit der Bevölkerung reagierte und versuchte durch Zugeständnisse die Situation zu entschärfen. Die „Reformer“ versuchten die Unzufriedenheit zu kanalisieren und mit Zugeständnissen eine bewaffnete Auseinandersetzung wie beispielsweise in Ungarn, die das Regime binnen kurzer Zeit zum Einsturz brachte, zu verhindern. Der Erhalt der eigenen Machtposition war der wesentliche Beweggrund der „Reformer“, einen Reformprozess einzuleiten und damit auch – gezwungenermaßen – einen Teil der eigenen Macht abzugeben.

Stalinistische Diktatur

Noch im Herbst 1967 regierte Antonín Novotný als 1. Sekretär des ZK (Zentralkomitees) der KPČ (= Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) (seit 1953) und als Staatspräsident (seit 1957). Mit Novotný an der Spitze herrschte in der Tschechoslowakei ein Regime, das sich durch besonders starke Repressivität kennzeichnete. Durch Ausschalten jeglicher politischer Gegner – z. B. durch die Säuberungswellen in den 50er-Jahren, in denen er selbst altgediente KP-FunktionärInnen in Schauprozessen zu Tode oder zu langen Haftstrafen verurteilte – hielt er sich gewaltsam an der Macht. Im Zuge des „Entstalinisierungskurses“ von Chruschtschow musste auch Novotný reagieren und setzte eine Kommission zur Untersuchung der politischen Prozesse der 50er-Jahre ein, deren Ergebnisse jedoch vertuscht wurden. Eine vollständige Rehabilitierung der meisten Opfer blieb aus. Dies führte auch in der KP zur zunehmenden Desillusionierung. Viele KP-FunktionärInnen, die ehemalige Opfer politischer Verfolgungen waren, beteiligten sich 1968 am Reformprozess.

Ökonomische Probleme

Im Kapitalismus plant jedes Unternehmen einzeln und die einzelnen Unternehmen versuchen sich gegenseitig aus dem Markt zu drängen. Konsequenzen des kapitalistischen Chaos sind Überproduktion, Vergeudung von Ressourcen und in letzter Instanz Wirtschaftskrisen. Zu diesen wirtschaftlichen Aspekten

kommen die sozialen Ungerechtigkeiten und die Ausbeutung der ArbeiterInnen hinzu. Die gesamtgesellschaftliche Planung der Wirtschaft durch und für die Bevölkerung und nicht anhand der Profitinteressen einzelner Unternehmen stellt die Alternative zu Krisen, Armut und Ungerechtigkeit dar. In der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten existierte eine Gesamtplanung der Wirtschaft, sie war allerdings nicht demokratisch organisiert. Doch selbst trotz der undemokratischen Planung brachte die Planwirtschaft für die Bevölkerung große Vorteile mit sich: Die Sowjetunion entwickelte sich von einem unterentwickelten Staat zu einem Industriestaat. Die sozialen und ökonomischen Probleme, die es heute, nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in den ehemaligen stalinistischen Ländern gibt, zeigen die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Restauration. Sie sind keine Folgen der Planwirtschaft, sondern im Gegenteil: Es ist eine Folge der Planwirtschaft, dass diese Länder heute nicht auf dem Entwicklungsstand vieler neokolonialer Länder stehen.

Um die Produktion und die Arbeitsabläufe jedoch tatsächlich auf die Bedürfnisse der Menschen umzustellen, reicht eine geplante Wirtschaft an sich nicht aus. Sie muss auch demokratisch von unten nach oben organisiert werden. Die ArbeiterInnen müssen selbst bestimmen, was und wie produziert wird: Sie sind diejenigen, die am besten abschätzen können, wie groß das Bedürfnis an bestimmten Waren ist, und auf welche Weise diese am effizientesten produziert werden können.

Genau dies war jedoch in der Tschechoslowakei nicht der Fall. Die Wirtschaft wurde undemokratisch von einer abgehobenen Bürokratie fern von den realen Bedürfnissen der Menschen geplant. Dadurch kam es zur wirtschaftlichen Unterordnung unter die Industrialisierungs- und Rüstungsbedürfnisse der Sowjetunion und anderer stalinistischer Staaten nach 1948. Das brachte in der ČSSR klarerweise ökonomische Probleme mit sich. Fehlplanungen waren die Folge. Symptome hierfür waren der überproportionale Ausbau der Schwerindustrie bei gleichzeitiger Rohstoffarmut der ČSSR, die Vernachlässigung der Konsumbedürfnisse der tschechoslowakischen Bevölkerung, zunehmende Innovationsunfähigkeit, sowie eine unglaubliche Energie-, Rohstoff- und Zeitverschwendung. In der Folge ging es mit der Wirtschaft bergab, die Löhne sanken, Auslandsschulden stiegen, und schließlich konnte nicht einmal mehr die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gewährleistet werden.

Durch die sogenannte „Entstalinisierungspolitik“ Chruschtschows versuchte sich die Bürokratie von den ärgsten Auswüchsen des Stalinismus zu befreien und dadurch ihre Macht zu festigen. Synchron dazu setzte Novotný Anfang der 1960er Jahre auf einen geänderten Kurs in der Wirtschaft und beauftragte eine Kommission mit der Ausarbeitung eines neuen ökonomischen Konzepts. Nach dem Machtwechsel in Moskau 1964, als Chruschtschow durch Breschnew abgelöst wurde, wurde diese Entwicklung allerdings wieder eingestellt.

Die stalinistische Wirtschaftspolitik folgte weniger einem politischen Plan, als einem Zick-Zack-Kurs der auf Probleme reagierte. Wenn diese auftraten bestand die „Lösung“ häufig darin, vorübergehend eine Gruppe besser zu stellen ohne an den zugrunde liegenden Problemen etwas zu ändern, was dann in

Folge weitere „Kurskorrekturen“ bzw. „Kurswechsel“ nötig machte. Erst in den späteren 1980er Jahren begannen immer größere Teile der Bürokratie in den verschiedenen stalinistischen Staaten in Richtung Kapitalismus zu blicken.

Die nationale Frage der Slowakei

Zusätzlich zur schlechten ökonomischen Lage kam in der Tschechoslowakei die historische Fortsetzung der politischen Diskriminierung der SlowakInnen. Bereits die Gründung der Tschechoslowakei nach dem 1. Weltkrieg entstand mit ihrem Gründervater Masaryk unter tschechischer Federführung. In der Folge dominierten zum Beispiel im Bildungssektor tschechische LehrerInnen und es war nicht immer einfach eine Schule zu finden, in der in slowakischer Sprache unterrichtet wurde. Ein wichtiger Grund für die Entstehung nationaler Konflikte war auch der Entwicklungsunterschied zwischen Tschechien und der Slowakei: War die Slowakei vor allem agrarisch dominiert, so war Tschechien wirtschaftlich um einiges fortgeschrittener. Im Stalinismus wurde die nationale Frage auch nicht gelöst.

MarxistInnen treten dafür ein, dass jedes Volk, jede Nation ihre Sprache und Kultur benutzen kann, sie treten für ein Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis hin zur Loslösung ein. Dass die StalinistInnen die nationale Frage in einer pervertierten Form zu „lösen“ versuchten, zeigt die Existenz zweier kommunistischer Parteien – aber mit unterschiedlichen Rechten: Es gab die KPČ (tschechoslowakische KP) und die KSS (Kommunistische Partei der Slowakei). Die KPČ wurde von TschechInnen dominiert, was slowakische KP-FunktionärInnen als Bevormundung und Entrechtung empfanden. Die KSS bediente sich schon in der Nachkriegszeit einer sehr nationalistischen Rhetorik gegen „die tschechischen Unterdrücker“. Politisch gesehen hatte die KSS nicht viele Rechte: Es durfte kein Beschluss der KSS ohne vorherige Genehmigung aus Prag verabschiedet und veröffentlicht werden. In der Verfassung aus dem Jahr 1960 wurden die Vollmachten des Slowakischen Nationalrates faktisch an die Ministerien in Prag übertragen. Einen Höhepunkt fand der Machtkampf zwischen slowakisch-nationalistischen KSS-FunktionärInnen und den KPČ-FunktionärInnen in Prag im Schauprozess gegen den „slowakischen bürgerlichen Nationalismus“ 1954, in dem viele Vertreter der slowakischen „Nationalkommunisten“ zu lebenslangen Haftstrafen oder auch zum Tode verurteilt wurden.

Die Absetzung Novotnýs

Der Druck auf die KPČ durch die Probleme und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung stieg immer weiter an. Der „Prager Frühling“ fand außerdem im Kontext einer weltweiten Radikalisierung statt: Studierendenbewegung, Anti-Vietnamkriegsproteste, Generalstreik von 10 Millionen ArbeiterInnen in Frankreich im Mai 68 – um nur einige Schlagworte zu nennen. In der Tsche-

choslowakei spitzte sich die Situation immer mehr zu. Anfangs waren es die Intellektuellen, die den Stalinismus am heftigsten in der Öffentlichkeit kritisierten. Am 4. Kongress der tschechoslowakischen SchriftstellerInnen (27. – 29. Juni 1967) übten führende SchriftstellerInnen Kritik am Novotný-Regime. Daraufhin wurden die vier Hauptakteure des Kongresses aus der KP ausgeschlossen und die Zeitung des SchriftstellerInnenverbandes „Literární noviny“ unter staatliche Kontrolle gestellt.

Im Oktober 1967 kam es auch in Prag zu StudentInnenprotesten gegen die schlechten Zustände in Wohnheimen. Die StudentInnen forderten „Mehr Licht“ – und damit war nicht nur das elektrische Licht in den Studierendenheimen gemeint. Novotný ließ die Demonstrationen gewaltsam auflösen. Die Tatsache, dass die Bürokratie den Studierenden anbot, die Spitalsrechnungen für die durch die Polizei verletzten DemonstrantInnen zu übernehmen, zeigt die Nervosität der Bürokratie. Die Studierenden reagierten auf dieses Angebot mit der Forderung, dass das Vorgehen gegen die DemonstrantInnen bestraft und in den Zeitungen öffentlich gemacht werden müsse. Die Studierenden drohten, dass sie zu den Fabriken gehen würden und den ArbeiterInnen die Situation erklären würden, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

In der KPČ brach ein Machtkampf zwischen einer konservativen und einer gemäßigten Strömung aus. Orientierten sich die Konservativen weiterhin an stalinistischer Repression des Novotný-Regimes, so suchten die gemäßigten FunktionärInnen nach einer anderen Lösung der Krise: Sie wollten die Unzufriedenheit der Bevölkerung durch Reformen kanalisieren und die ökonomischen Probleme mit einem neuen Wirtschaftsprogramm bewältigen.

Der Druck der Straße und der sich zuspitzende Machtkampf zwischen der konservativen und der gemäßigten Strömung innerhalb der Kommunistischen Partei zwangen Antonín Novotný schließlich zum Rücktritt als Staatssekretär: Als Novotný den Slowaken Alexander Dubček (1921 – 1992), einen entschiedenen Kritiker Novotnýs und Sprecher des reformorientierten Flügels, bei einer Auseinandersetzung auf dem ZK-Plenum im Oktober des bürgerlichen Nationalismus bezichtigte und dessen Absetzung plante, leistete eine Opposition aus „Reformern“ Widerstand und brachte Novotný zu Fall. Am 6. Jänner 1968 wurde er vom ZK zum Rücktritt als 1. Sekretär gezwungen. (Sein Amt als Präsident behielt er jedoch weiter inne, er legte es erst am 21. März aufgrund des Drucks der Bevölkerung zurück.) Dubček wurde sein Nachfolger. Auch ein Putschversuch, durch den ranghohe Offiziere und Beamte noch im Jänner versuchten, Novotnýs Absetzung zu verhindern, scheiterte.

Die Dubček-Führung und der Druck der Bevölkerung

Der unter Dubček einsetzende Reformprozess war also das Produkt einer tiefen Krise des Stalinismus: Teile der Bürokratie erkannten die offensichtliche Krise des Systems und versuchten dieser mit einem Reformprogramm beizukommen. Zum Teil reagierten sie damit auf vorhandenen Unmut der Bevölkerung und versuchten diesen rechtzeitig zu entschärfen, zum Teil versuchten

sie damit auch weiteren Protesten zuvorzukommen. Der Prozess, den sie einleiteten, nahm jedoch eine andere Entwicklung als geplant und entglitt ihnen zunehmend: Die Bevölkerung nutzte die zugestandenen politischen Freiräume aus, um die Dubček-Führung unter Druck zu setzen und zu radikaleren Zugeständnissen zu zwingen, während die Dubček-Führung unentwegt versuchte den Prozess zu bremsen und zwischen der sowjetischen Bürokratie und der eigenen Bevölkerung lavierte bis sie schließlich aufgerieben wurde und der Reformprozess unter anderem deswegen Schiffbruch erlitt.

DAS PROGRAMM DER „REFORMER“

Die „Reformer“ wollten keineswegs einen echten Sozialismus. Sie orientierten sich in ökonomischer Hinsicht am jugoslawischen Modell. Eine wirklich demokratische Planung der gesamten Wirtschaft durch ArbeiterInnenräte kam für sie nicht in Frage, denn sie wollten ihre eigene Macht erhalten. Die Bevölkerung hingegen erwartete sich von den „Reformern“ echten Sozialismus, also eine endgültige Abkehr von der bürokratischen, undemokratischen Wirtschaftsplanung und undemokratischen Beschränkungen ihres Lebens.

In seinen zentralen politischen Zielen und Inhalten stellte das Programm der „Reformer“ einen Vorläufer der sowjetischen „Perestrojka“ dar, jenes Reformprozesses, der Ende der 1980er-Jahre unter Gorbatschow eingeleitet wurde und letztendlich zum Zusammenbruch des Stalinismus 1989/90 führte. Die bedeutendsten programmatischen Dokumente des Reformvorhabens waren das Aktionsprogramm der KPČ und die Regierungserklärung vom April 1968. Das Programm der „Reformer“ in der ČSSR war keineswegs ein echtes sozialistisches, obgleich sie es unter dem Schlagwort „Sozialismus mit menschlichem Anlitz“ als ein solches verkauften. In Wirklichkeit war es vor allem in wirtschaftlichen Belangen ein sehr schwammiges Programm, das auf die Etablierung einer Art Mischwirtschaft mit der Wiedereinführung kapitalistischer Elemente und die Etablierung bürgerlich-demokratischer Freiheiten abzielte. Außerdem fehlte den „Reformern“ eine Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend im In- sowie auch im Ausland. Stattdessen versuchten sie ihre Pläne bürokratisch von oben überzustülpen und hatten dabei nicht die Eigeninitiative der eigenen Bevölkerung „eingeplant“. So äußerte Dubček am 16. August bei einem Treffen mit Ceausescu in Prag seinen Unmut über die Diskussionsversammlungen der Bevölkerung in Prag. Diese, so meinte er, hätten eine negative Auswirkung auf den Demokratisierungsprozess.

Kritik an undemokratischer Wirtschaftsleitung

Die Pläne zur Umgestaltung der Wirtschaft wurden von einer Kommission von WirtschaftswissenschaftlerInnen unter der Leitung des Ökonomieprofessors Ota Šik ausgearbeitet, die schon unter Novotný ein Reformmodell ausgearbeitet hatte.

Im Aktionsprogramm der KPČ hieß es, dass „die bisherigen Methoden der Leitung und Organisation der Volkswirtschaft überlebt“ seien. Die ArbeiterInnen dienten nur Direktiven von oben und könnten sich nicht in wirtschaftliche Entscheidungen einbringen: „Im Wirtschaftsleben wurden weder Selbstständigkeit, Arbeitseifer, fachliche Tüchtigkeit noch Initiative der Leute, sondern im Gegenteil Unselbstständigkeit, Gehorsam und gegebenenfalls auch Verbeugungen vor der Obrigkeit anerkannt.“ Dieses „alte direktive Leitungssystem“ habe zu krisenhaften Erscheinungen und Mängeln geführt. Die bürokratische, undemokratische Planung von oben und ihre verheerenden Folgen wurden zurecht kritisiert.

Die Lösungen bezüglich einer Alternative sind jedoch um einiges weniger klar als die Kritik am bestehenden System. Es geht jedoch aus den Dokumenten eindeutig hervor, dass die Bürokratie kein Konzept einer demokratischen und gesamtgesellschaftlich koordinierten Wirtschaftsplanung anstrebte. Sie ging nicht von der Idee eines gesamtgesellschaftlichen Plans aus, der demokratisch über ArbeiterInnenkomitees von unten nach oben erarbeitet wird, sondern setzte die Frage der Demokratie mit der Frage der Dezentralisierung gleich. Als Grund für die undemokratische Wirtschaftsstruktur wurde die zentrale Organisation angesehen. Die Frage der Demokratie ist jedoch in erster Linie eine Frage der demokratischen Strukturen – also der Entscheidung und Kontrollmechanismen von unten nach oben – und keine formale Organisationsfrage. Demokratische Strukturen würden demokratische Wahlen aller FunktionärInnen und deren jederzeitige Abwählbarkeit bedeuten. FunktionärInnen würden mit dem durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn entlohnt und hätten auch sonst keinerlei Privilegien. Ein Gesamtplan ist ja gerade deshalb auch wirtschaftlich effizienter, weil er die Ressourcenvergeudung und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Vielzahl an Einzelplänen beseitigt. Grund für ökonomische Probleme in der ČSSR war eben nicht der zentrale Plan an sich, sondern seine undemokratische Ausarbeitung und Umsetzung.

Die „Reformer“ gingen jedoch davon aus, das Demokratieproblem über die Zergliederung der Wirtschaft in selbstständige, dezentral agierende Unternehmen lösen zu können: Jeder Betrieb sollte seinen eigenen Produktionsplan aufstellen, nicht mehr von staatlichen Förderungen abhängig sein, sondern sich um seine Rentabilität selbst kümmern. Unrentable Betriebe wurden in der Folge stillgelegt. Im Aktionsprogramm der KPC heißt es dazu folgendermaßen: „Das Programm der Demokratisierung der Wirtschaft umfasst vor allem die Herstellung der Selbstständigkeit der Unternehmen und Unternehmensgruppierungen, sowie ihre relative Unabhängigkeit vom Staat (...)“ Die Betriebe sollten quasi zu einem Marktsubjekt gemacht werden und dem Konkurrenzdruck ausgesetzt werden. Durch Schaffung von Wettbewerb sollte zu einem „funktionierenden Markt“ übergegangen werden, „der sich gemäß Angebot und Nachfrage entwickelt“ (Ota Šik über das Reformprogramm). Dieses Konzept bezeichneten die „Reformer“ dann als „planmäßige Ausnützung der Marktwirtschaft“, „sozialistisches Unternehmertum“ und als „indirekte Planwirtschaft“, in der die „Geleiteten“ nun als selbstständig handelnde Subjekte agieren würden.

ArbeiterInnenräte auf betrieblicher Ebene

Gleichzeitig sollten in den Betrieben ArbeiterInnenräte gebildet werden. Die Gründung der ArbeiterInnenräte wurde eng mit der Frage der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe verknüpft, denn nur so hätten die Arbei-

terInnen auch einen Anreiz zu produzieren. Bezüglich der ArbeiterInnenräte finden sich in den Dokumenten der KPČ widersprüchliche Bemerkungen: Einmal ist die Rede von Selbstverwaltung, an anderer Stelle werden die Räte wiederum lediglich als ein Modell der ArbeiterInnen-Mitbestimmung bezeichnet. Die Räte sollten jedenfalls von den Beschäftigten des Betriebes gewählt werden, gegebenenfalls sollten auch andere Interessensgruppen wie etwa KonsumentInnen im Rat repräsentiert sein. Der Rat sollte die UnternehmensdirektorInnen wählen, seine/ihre Arbeit, sowie auch seine/ihre Gehaltsbezüge kontrollieren und über die Frage des Fortbestehens, Zusammenschlusses oder der Teilung des Unternehmens entscheiden. Außerdem sollte der Rat auch die Möglichkeit besitzen, den/die DirektorIn wieder abzuwählen, allerdings nur unter gewissen Bedingungen. Die Führungspositionen in der Wirtschaft sollten dadurch auch nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach fachlicher Qualifikation besetzt werden. Im Aktionsprogramm der KPČ wurde jedenfalls eine gesellschaftliche Funktion der Räte verneint, sie sollten im Konzept der „Reformer“ lediglich auf betrieblicher Ebene mehr Effizienz schaffen. Die Praxis hat gezeigt, dass die „Reformer“ den ArbeiterInnenräten keine Funktion der Selbstverwaltung zukommen lassen wollten. Als die Räte sich in den Augen der „Reformer“ zu selbstständig machten, wollten sie diese durch ein Gesetz auf beratende Funktionen beschränken.

Auch wenn dieses Modell demokratischer gewesen wäre, als die zuvor herrschenden undemokratischen Zustände, so wäre es doch keine ArbeiterInnen-demokratie gewesen, wie sie die Bolschewiki skizziert hatten. Im Gegenteil wurde sogar vorgeschlagen, die Einkommensunterschiede zu vergrößern. Der Teil der Bürokratie um Dubček hoffte sich durch die Einführung von Leistungsprinzipien künftig auf jenen Teil der Bürokratie, der davon profitieren würde, zu stützen und damit einen Bündnispartner gegen die alten Teile der Bürokratie zu haben. Das Taktieren zwischen verschiedenen Flügeln der Bürokratie ist typisch für stalinistische Systeme, aber keine Maßnahme um den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse zu erhöhen. In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft gibt es in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft ArbeiterInnenkontrolle und –verwaltung auf allen Ebenen. FunktionärInnen sind jederzeit wähl- und auch wieder abwählbar und haben keinerlei Privilegien. Aber schon das beschränkte Modell der „Reformer“ bedeutete für etliche parteitreue FunktionärInnen eine Bedrohung ihrer Macht.

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft

Die Rolle des Staates wird in den Dokumenten des 14. außerordentlichen Parteitages, der schließlich am 22. August 1968, einen Tag nach dem Einmarsch stattfand, folgendermaßen definiert: „Der Staat, das wirtschaftliche Zentrum, greift in den Prozess nicht ein, um die anderen Faktoren der Wirtschaftsvorgänge zu ersetzen, sondern um nach einem gesamtgesellschaftlichen Plan und mit Hilfe ökonomischer Regeln und Instrumente die allgemeinen Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Interessen der Produzenten allen zum

Nutzen gereichen (...) und um schließlich die Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums dort ökonomisch zu beeinflussen, wo die Marktkriterien nicht ausreichen oder wo es um direkte Präferenzen sozialer oder menschlicher Werte geht (...). Hiermit stellt sich die Frage, wie solche gesamtgesellschaftlichen Planentscheidungen wie etwa Umweltschutz oder Bildung, die nicht im Betrieb, sondern weiterhin auf zentraler Ebene gefällt werden mussten, demokratisiert werden sollten. Die „Reformer“ diskutierten ein Mehrkammersystem, das neben dem Gesamtparlament Interessensvertretung durch Kammern repräsentieren sollte. Ota Šik äußerte sich dazu in einem Interview nach dem Einmarsch: „Wir haben natürlich mit einer weitgehenden Demokratisierung des ganzen politischen Systems gerechnet. So wollten wir einen zentralen Wirtschaftsrat schaffen, der aus Delegierten und Gewählten bestanden hätte und dessen Aufgabe es gewesen wäre, den Plan aufzustellen. Der Apparat des Planungsministeriums hätte nicht, wie früher, die entscheidende Rolle gespielt, sondern sich auf eine wissenschaftliche, technische und mathematische Hilfe beschränkt. Nach dem Planentwurf durch den Wirtschaftsrat hätte es eine breite Diskussion im Volk gegeben, die von den Gewerkschaften organisiert worden wäre. Die letzte Entscheidung hätte dann das Parlament getroffen. In diesem Parlament wollten wir eine Kammer der Produzenten und eine Kammer der Konsumenten einrichten.“ Die Fällung zentraler Entscheidungen sollten also wie in der bürgerlichen Demokratie von einem Parlament gefällt werden.

Hier nahmen die „Reformer“ eher Anleihe bei bürgerlichen Demokratiemodellen, als bei wirklich kommunistischen. Lenin bzw. die Bolschewiki hatten 1917 ganz andere Vorstellungen. Sie forderten freie und demokratische Wahlen, mit dem Recht auf Abwahl. Sie traten dafür ein, dass keinE politischeR VertreterIn mehr verdienen darf als ein Facharbeiter. Für sie ging es nicht um ein stehendes Heer sondern um die Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse. Und um eine Bürokratisierung zu verhindern galt der Spruch „Jede Köchin sollte in der Lage sein, Kanzler zu werden“.

Kapitalismus oder jugoslawischer Weg?

Wollten die „Reformer“ also tatsächlich den Weg in Richtung Kapitalismus gehen, so wie sowohl die StalinistInnen behaupten, als auch manche bürgerliche KommentatorInnen nahelegen? Was bedeutet in diesem Zusammenhang das Schlagwort des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“?

Die Vorstellungen einer dezentralen, an Konkurrenzmechanismen orientierten Struktur mit ArbeiterInnenräten auf betrieblicher Ebene gehen in Richtung eines jugoslawischen Weges, wo Staatsbetriebe gewisse ökonomische Spielräume für selbstständiges Wirtschaften hatten, zueinander in Konkurrenz standen und auf betrieblicher Ebene eine gewisse ArbeiterInnenmitbestimmung zugelassen wurde. Doch auch das, was die jugoslawische Bürokratie als ArbeiterInnenselbstverwaltung verkaufte, war in Wirklichkeit eine Farce. In Jugoslawien gab es deshalb 1968 v. a. unter Studierenden Proteste, die sich auch gegen die Privilegien der Bürokratie

und die undemokratischen Strukturen richteten. Die Bürokratie reagierte mit Repression.

Das Programm der „Reformer“ trug auch kapitalistische Elemente in sich. Nicht nur die Idee von selbstständig wirtschaftenden Betrieben, die zueinander in Konkurrenz stehen, sondern auch das Bekenntnis zur „Abschaffung der Gleichmacherei“ und „Geltendmachung des Leistungsgrundsatzes“ im Aktionsprogramm weisen solche Elemente auf. Ota Šik äußerte sich dazu folgendermaßen: „Wir wollen eine wesentliche Differenzierung in der Entlohnung für qualifizierte und gut geleistete Qualitätsarbeit auf Kosten der unzureichenden Arbeit von Liederlichen und Faulenzern erzielen.“ Dies stellt ein Bekenntnis zum kapitalistischen Leistungsdruck dar und steht im Gegensatz zum Grundsatz von Marx: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Ob die „Reformer“ – wären die Warschauer-Pakt-Staaten nicht einmarschiert – tatsächlich einen Weg in Richtung Kapitalismus gegangen wären, ist eine Was-wäre-wenn-Frage, die so nicht beantwortbar ist, da diesbezüglich auch zu viele unbekannte Variablen existieren. Es ist jedoch eine Tatsache, dass bis in die 1980er-Jahre in antistalinistischen Bewegungen – wie etwa z. B. in Ungarn 1956 – Ideen von einer Rückkehr zum Kapitalismus eher ein Randphänomen waren und nicht den zentralen Aspekt darstellten. Eine Meinungsumfrage vom Juli 1968 ergab, dass 86% einen sozialistischen Weg und nur 5% einen kapitalistischen Weg befürworteten. (Eine Meinungsumfrage vom November 1989 bestätigt, dass es der Bevölkerung auch 1989 nicht um die Einführung des Kapitalismus ging: 41% sprach sich für Sozialismus aus, 52% für „etwas dazwischen“ und nur 3% für Kapitalismus.)

Das Programm der „Reformer“, die Teil der Bürokratie waren, entsprach in weiten Teilen nicht den Bedürfnissen der ArbeiterInnen und Jugendlichen. Ota Šik formulierte dies nach der Niederschlagung der Bewegung in einem Interview folgendermaßen: „Wir wollten die Überwindung der negativen Seiten beider Systeme [sowohl des Kapitalismus, als auch des Stalinismus, Anm.] und den Vorstoß zu einem dritten, das sich ständig weiterentwickelt.“ Es erscheint also durchaus wahrscheinlicher, dass die tschechoslowakischen „Reformer“ einen jugoslawischen Weg der Mischwirtschaft gewählt hätten. Das jugoslawische Modell wurde jedenfalls diskutiert und durchaus als ein Vorbild betrachtet. Dass das jugoslawische Modell auf Dauer keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme war und auch die nationale Frage nicht lösen konnte zeigt die massive Verschuldung, sowie die soziale und ethnische Krise auf dem Balkan der letzten Jahrzehnte.

Wie sich dieser Prozess allerdings langfristig auf die Tschechoslowakei ausgewirkt hätte, ist eine noch schwierigere, wenn auch nicht weniger bedeutende Frage. Zwar hatte der Stalinismus Ende der 1960er-Jahre noch mehr ökonomische Spielräume als Ende der 1980er-Jahre, als die „Perestrojka“ den Stalinismus nicht mehr retten konnte. Doch da die „Reformer“ keinen echten demokratischen Sozialismus anbieten konnten, wären sie mit dem Wegfall des sowjetischen Bündnispartners in wirtschaftlichen Belangen, sicherlich vermehrt unter Druck gestanden, sich nach Westen zu orientieren. So war auch das Vorbild Jugoslawien auf ausländische Kredite angewiesen und stand dadurch auch in einer gewissen Abhängigkeit vom Westen.

Im Zentrum des Demokratiekonzeptes der „Reformer“ stand die Trennung von Staat und Partei: Die Exekutive und Legislative sollten gegenüber der Parteiführung mehr Selbstständigkeit erhalten. Eine Gewaltentrennung wurde angestrebt, in der das Parlament die Regierung kontrollieren sollte. Außerdem sollten die Selbstständigkeit der Gewerkschaften und Interessensverbände garantiert werden. Im Rahmen der geplanten Verfassungsreform sollte die Tschechoslowakei zu einem „Rechtsstaat“ umgeformt werden: Eine „unabhängige Justiz“ sollte gewährleistet und der Strafvollzug humanisiert (Diskussion über Menschenrechte und Abschaffung der Todesstrafe) werden. Der Staatssicherheitsdienst (Stb) sollte nicht mehr zur Unterdrückung politischer Gegner eingesetzt und die Opfer politischer Verfolgung mittels materieller Entschädigung rehabilitiert werden. Dies geschah durch das Rehabilitierungsgesetz. Mit KritikerInnen sollte der Dialog geführt, Meinungsfreiheit garantiert und der Interessenspluralismus gefördert werden. Die Pressezensur wurde zwar erst im Juni endgültig per Gesetz abgeschafft, es wurde aber bereits schon vorher ein liberaleres Klima in der Berichterstattung zugelassen, so dass es ab Februar/März de facto eine freie Presse gab.

Echte Demokratie?

Die „Reformer“ hatten zwar Pläne, wie die Gesellschaft umzugestalten sei, ihrem bürokratischen Weltbild gemäß sollten diese Veränderungen jedoch von oben umgesetzt und kontrolliert werden. Ihre Vorschläge umfassten daher auch v.a. formale Elemente einer bürgerlichen Demokratie statt echter, lebendiger ArbeiterInnendemokratie. Eine echte sozialistische Gesellschaft kann jedoch nur durch eine politische Bewegung von unten entstehen und nicht einfach durch die Herrschenden eingeführt werden. Die Eigeninitiative der Bevölkerung empfanden die „Reformer“ jedoch mehr als einen Störfaktor. Sie sprachen zwar von der Gründung von ArbeiterInnenräten in Betrieben, zu viel Eigeninitiative der Menschen versuchten die „Reformer“ jedoch konsequent zu bremsen, was sich im Verlauf des „Prager Frühlings“ immer deutlicher zeigte.

Abgesehen davon waren die „Reformer“ selbst nicht einmal im Rahmen der Maßstäbe einer parlamentarischen Demokratie durch demokratische Wahlen durch die Bevölkerung gewählt. Die Partei- und Staatsführung während des „Prager Frühlings“ war nicht gewählt worden, sondern die Zusammensetzung der Führung war Ergebnis von Machtkämpfen und Kompromissen hinter den Kulissen und es gab zu keinem Zeitpunkt des „Prager Frühlings“ eine parlamentarisch-demokratische Vertretung der Bevölkerung in beiden Parlamenten.

Am 30. März 1968 wählte das KPČ-Präsidium der Nationalversammlung in geheimer Wahl Ludvík Svoboda zum Staatspräsidenten, der damit Novotný ablöste. Svoboda wiederum vereidigte am 9. April eine neue Regierung, die

unter Ministerpräsident Oldřich Cerník eingesetzt – und nicht gewählt! – wurde. Am 18. April wurde Josef Smrkowský, ein „Reformer“, Parlamentspräsident. Die grundlegenden Entscheidungen traf also weiterhin die KPČ, eine bürokratische Partei, die es gewohnt war, von oben über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu regieren.

Lösung der nationalen Frage durch Föderalisierung des Landes?

Der nationale Ausgleich zwischen TschechInnen und SlowakInnen sollte mittels Föderalisierung des Landes erfolgen. Religionsfreiheit und die Rechte der nationalen Minderheiten sollten gewährleistet werden. Auf Drängen der slowakischen nationalistisch gesinnten Strömung in der KSS, deren Wortführer Gustav Husák war, wurde am 24. Juni ein Gesetz über die Vorbereitung der Föderalisierung der ČSSR erlassen. Allerdings kam es zu Konflikten zwischen der tschechischen und slowakischen Führung, weil die KPČ die Föderalisierung erst nach einer umfangreichen Demokratisierung durchführen wollte, während die KSS eine sofortige Föderalisierung forderte. Die Führung der KPČ unterschätzte die Bedeutung der nationalen Frage tendenziell, während die Gruppe um Husák eine wohl existierende Stimmung missbrauchte, um von anderen Problemen abzulenken und um sich gegen den Reformprozess zu stellen. Es wurde ein Widerspruch zwischen „Föderalisierung“ und „Demokratisierung“ kreiert, anstatt deren Verbundenheit in den Vordergrund zu stellen und klarzustellen, dass nationale Selbstbestimmung ein demokratisches Grundrecht ist. Der Konflikt wurde durch den Einmarsch unterbrochen, das Föderalisierungsgesetz war jedoch die einzige Reform, die auch nach dem Einmarsch bestehen blieb. Dass das Föderalisierungsgesetz als einziges Gesetz der „Normalisierungspolitik“ standhielt, macht deutlich, dass die nationale Frage der Slowakei in Wirklichkeit nur durch gleiche demokratische Rechten für alle, in der Tschechoslowakei lebenden Menschen gelöst werden kann.

Hierbei darf auch nicht vergessen werden, dass es neben der slowakischen Bevölkerung auch noch nationale Minderheiten wie Ungarn, Roma und Sinti und Deutsche gab. Die „Reformer“ konnten auch diesen Gruppen kein Programm zur Garantie ihrer Rechte anbieten: Jede ethnische Gruppe muss neben vollen demokratischen Rechten auch die Möglichkeit haben, ihre Sprache zu sprechen, zu lernen und weiterzugeben, sowie auch ihre Kultur ausüben zu können.

Im Zusammenhang mit der nationalistischen Gruppe in der KSS ist auch die weitere politische Entwicklung Husáks bezeichnend: Husák wurde nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“, nach der Absetzung Dubčeks zum 1. Sekretär des Zentralkomitees gewählt und setzte die stalinistische Restaurationspolitik um. Hier zeigte sich, wie viel Husák tatsächlich an Demokratie und am Kampf für mehr Autonomie lag: Es ging ihm dabei wohl eher um mehr Spielraum für seine eigene Politik und um mehr Macht, nicht aber um die Interessen der slowakischen Bevölkerung, gegen die mit Repression vorzugehen, er keine Hemmungen hatte.

Im Aktionsprogramm der KPČ hieß es zur Außenpolitik: „Die grundsätzliche Orientierung der tschechoslowakischen Außenpolitik (...) ist das Bündnis und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Staaten. (...)“ Und weiter: „Gegenüber den hoch entwickelten kapitalistischen Staaten werden wir eine Politik des friedlichen Zusammenlebens geltend machen.“ Außenpolitisch stellten die „Reformer“ also das Bündnis mit der Sowjetunion nicht in Frage und forcierten eine „friedliche Koexistenz“ mit den westlichen kapitalistischen Staaten durch politischen Spannungsabbau und wirtschaftliche Beziehungen. Außerdem wollte man die Ausgrenzung Jugoslawiens aus dem „Ostblock“ überwinden und Kontakte zu sozialdemokratischen Führungen aufbauen. Dieser diplomatische Balanceakt war unter den Bedingungen des Kalten Krieges unrealistisch, wie der Einmarsch letztendlich auch zeigte.

Bei Betrachtung der außenpolitischen Vorhaben wird außerdem deutlich, wen die „Reformer“ als Bündnispartner ansahen und wer nicht als Partner in Frage kam: Die „Reformer“ orientierten sich auf die sowjetische Bürokratie, die jugoslawische Bürokratie und westliche Regierungen, aber nicht auf Bewegungen von unten. Die Studierendenbewegung reagierte zum Beispiel enorm positiv auf den „Prager Frühling“, dies wurde von den „Reformern“ jedoch nicht aufgegriffen. Ebenso schwiegen die „Reformer“ als im Mai 1968 in Frankreich 10 Millionen ArbeiterInnen streikten. Mit der Führung sozialdemokratischer Parteien hatten sich die „Reformer“ einmal mehr Menschen aus ihrer eigenen „Etage“ ausgesucht: BürokratInnen, die die Kämpfe der Basis bremsten anstatt sie zu organisieren und zu vernetzen. Anstelle einer Politik der internationalen Solidarität mit Bewegungen der ArbeiterInnenklasse orientierten sich die „Reformer“ auf herrschende Eliten im Osten und im Westen.

Verbesserung des Lebensstandards

Umgesetzt wurden die Reformvorhaben vor dem Einmarsch nur sehr marginal. Die zwei wichtigsten Gesetze, die verabschiedet wurden, waren die Abschaffung der Pressezensur und das Rehabilitierungsgesetz. Dennoch beschloss das Parlament einige Maßnahmen, die den Lebensstandard der Bevölkerung verbesserten: Die Reallöhne stiegen an, die Arbeitszeit wurde durch Einführung der Fünf-Tage-Woche verkürzt, die Mindestrenten angehoben und der Mutterschaftsurlaub verlängert. Auch Reisen in den Westen wurden erleichtert.

Eine politisch inhomogene KP-Führung

Obwohl wichtige „Reformer“ in der Regierung und im Zentralkomitee vertreten waren, hatten die politisch an der Sowjetunion orientierten Mitglieder in der Parteispitze bis zur Intervention die zahlenmäßige Mehrheit und die Führung war während des gesamten Reformprozesses politisch inhomogen.

gen. Dem 14. außerordentlichen Parteitag, der für den 9. September festgesetzt worden war, wurde von den „Reformern“ entscheidende Bedeutung beigemessen, da er einen Schlusstrich unter die Novotný-Ära ziehen sollte. Denn am Parteitag sollte eine Mehrheit an „Reformern“ in die Parteispitze aufgenommen werden. Anstatt von realpolitischen Prozessen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auszugehen, orientierten die „Reformer“ ihre Politik stets auf die formal-rechtliche Ebene. Der Reformprozess konnte aus diesem Verständnis heraus erst dann abgeschlossen werden, wenn sie durch den Parteitag bestätigt worden war, egal, ob dieser ein demokratisches Gremium war, das die Bevölkerung und deren Interessen repräsentierte, oder ein undemokratisches Gremium einer abgehobenen Bürokratie.

EINE MASSIVE BEWEGUNG VON UNTEN ENTSTAND...

Aufschwung der politischen Aktivität der Bevölkerung

Auch wenn es schon vorher Aktivitäten gegeben hatte, so führte die Einführung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, aber auch die Diskussion über ArbeiterInnen selbstverwaltung zu einem ungeheuren Aufschwung der politischen Partizipation der Bevölkerung. Bewusstsein und Aktivität der Menschen stiegen in diesem Prozess immer mehr an. Interessensgruppen und Bürgerrechtsbewegungen entstanden und die freie Presse wurde ein bedeutender gesellschaftlicher Faktor. In Betrieben wurden bereits im Frühjahr 1968 ArbeiterInnenkomitees zur Verteidigung der Pressefreiheit gebildet, die auch mit den Studierenden zusammenarbeiteten. Bis zum Einmarsch stieg ihre Zahl auf etwa 77 an. Aber auch die Strukturen der KP selbst wurden belebt. Trotz ihrer nach wie vor undemokratischen Struktur orientierten viele Menschen auf die KP und die Treffen der KP wurden von lebendigen Debatten und Kritik begleitet.

Auf Versammlungen wurden indes immer weitergehendere Forderungen gestellt, die die „Reformer“ unter Druck setzten. Die Bevölkerung drängte die Führung dabei oft weiter, als es dieser lieb war. Das zeigte sich z. B. im „Manifest der 2000 Worte“ oder im Aufruf der BürgerInnen an das Präsidium vor den tschechoslowakisch-sowjetischen Verhandlungen in Cierna nad Tisu, das die „Reformer“ bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Verteidigung der Reformen aufforderte. Die Bevölkerung kritisierte BetriebsdirektorInnen, die Arbeitsmethoden der Gewerkschaften, der Justiz, der Staatssicherheit und der Kommunistischen Partei selbst. ZK-SekretärInnen, GewerkschaftsfunktionärInnen, der Generalstaatsanwalt und selbst der Innenminister mussten daraufhin ihre Posten räumen. In Betrieben wurden v. a. ab Mai ArbeiterInnenräte gebildet, die von den „Reformern“ ebenfalls die Verteidigung und Weiterführung des Reformprozesses einforderten, und es wurde zunehmende Kritik an der bürokratischen Gewerkschaftsführung laut.

Das „Manifest der 2000 Worte“ (27. Juni 1968)

Das „Manifest der 2000 Worte“ des tschechischen Schriftstellers Ludvík Vaculík, das in der „Literární Listy“, der neuen Zeitung des SchriftstellerInnenverbands (Nachfolgezeitschrift der „Literární noviny“), und anderen Zeitungen erschien, und von 70 Prominenten unterschrieben worden war, markierte einen Wendepunkt in der Politik des Warschauer Paktes gegenüber der Tschechoslowakei. Das Manifest kritisierte die stalinistischen Methoden der konservativen FunktionärInnen und forderte einen rascheren Demokratisierungsprozess. Es war als Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, die Regierung durch politische

Initiative unter Druck zu setzen. Darin heißt es unter anderem: „Die kommunistische Partei, die nach dem Krieg großes Vertrauen der Menschen besaß, hat es allmählich gegen Ämter eingetauscht, bis sie diese alle hatte und nichts anderes mehr.“ Nichtsdestotrotz orientierte Vaculík aber auf den bürokratischen Apparat der KPČ als das Organ, durch das man die Gesellschaft verändern müsse: „Wir werden vor allem den Ansichten Widerstand leisten, wenn sie vorzukommen sollten, dass irgendeine demokratische Wiedergeburt ohne die Kommunisten zu machen wäre, gegebenenfalls gegen sie. Es wäre ungerecht, aber auch unvernünftig. Die Kommunisten haben aufgebaute Organisationen, in denen ist es notwendig, den fortschrittlichen Flügel zu unterstützen. Sie haben erfahrene Funktionäre, sie haben schließlich noch immer die entscheidenden Hebel und Knöpfe in der Hand.“ Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass die Initiative der „Reformer“ nur eine Abzahlung der Schuld sei, die die Partei auf sich geladen habe und ihnen daher auch kein Dank für ihre Reformen zustehe. Weiters heißt es im Manifest: „Unserer eigenen Regierung können wir zum Ausdruck bringen, dass wir auch mit der Waffe hinter ihr stehen würden, soweit sie das tun wird, wozu wir ihr das Mandat geben (...)“ Das Manifest geht also einerseits von einem Veränderungsprozess aus, der durch die KPČ umgesetzt werden müsse und räumt Initiativen von unten nur einen zweitrangigen Stellenwert ein, andererseits wird hier auch enormer Druck auf die „Reformer“ ausgeübt und kein gutes Haar an der Politik der KPČ gelassen. Auch das Bekenntnis zur Verteidigung der Reformen notfalls mit der Waffe, passte den „Reformern“ nicht ins Konzept. Die Reaktion der KPČ war deshalb auch ablehnend: Das Präsidium des ZK der KPČ und die Nationalversammlung distanzieren sich vom „radikalen Tonfall“ und den „überzogenen Forderungen“ des Manifests.

Hier zeigen sich die gemeinsamen Interessen der sowjetischen und der Dubček-Bürokratie: Beide lehnten die Kritik an der Bürokratie an sich ab – weil es sie selbst betraf. Der offiziellen Ablehnung folgte jedoch eine Welle von zustimmenden Resolutionen aus der Bevölkerung. Dubček wurde so im Laufe des Jahres 1968 zwischen dem Druck aus Moskau und dem Druck der Bevölkerung aufgerieben. In letzter Instanz stand er jedoch nicht auf der Seite der Bevölkerung. Dubček wollte keinen echten Sozialismus, sondern seine Machtposition erhalten. Seine Strategie war hier bloß eine andere: Er versuchte, die Menschen mit Reformen zufrieden zustellen und nicht mit Repression mundtot zu machen. Letztendlich war er in einer äußerst schwierigen Situation: Je mehr Zugeständnisse Dubček der Bevölkerung machte, desto mehr gefährdete dies seine Machtposition und desto mehr ermunterte dies die Bevölkerung weiter zu gehen. Wenn er jedoch zu den alten Methoden greifen würde, hatte er mit großem Widerstand der Bevölkerung zu rechnen.

Kritik der ArbeiterInnen an der Gewerkschaftsführung

In der ČSSR waren die ArbeiterInnen in einer tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft, der „tschechoslowakischen revolutionären Gewerkschafts-

bewegung“ (ROH) zusammengefasst. Hier waren ca. 90% der ArbeiterInnen in Industrie und Bauwesen Mitglied. Die Gewerkschaftsführung war unter dem Novotný-Regime ein Handlanger der KPČ gewesen, deren Funktion in erster Linie die Überwachung der ArbeiterInnen und nicht ihre Vertretung war. Auch unter Dubček orientierte sich die Führung im Wesentlichen am Programm der KPČ und versäumte es, die ArbeiterInnen über die Pläne der „Reformer“ hinaus zu mobilisieren. Zu Beginn, nach dem Machtwechsel an der Parteispitze im Jänner wagte die Gewerkschaftsbürokratie allerdings nicht, kritische Diskussionen innerhalb der Gewerkschaft zuzulassen. Erst im Februar und März wurden kritische Beiträge im Gewerkschaftsorgan „Práce“ veröffentlicht. Dies löste eine Welle der Kritik aus: Hunderte Resolutionen von einzelnen GewerkschafterInnen und Betriebsorganisationen wurden an die Redaktion geschickt. Am 12. März musste der Gewerkschaftsvorsitzende Miroslav Pastyřík aufgrund des enormen Drucks und der heftigen Kritik zurücktreten, da er für die stalinistische Deformation der Gewerkschaft verantwortlich gemacht wurde. Sein Stellvertreter Karel Poláček wurde neuer Vorsitzender.

Die Plenartagung des Zentralrates der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ÚRO), die am 21. und 22. März 1968 stattfand, war die stürmischste Sitzung seit 1945. Die Funktionäre erhielten viele Telegramme von ArbeiterInnen mit Vorschlägen und Forderungen. Außerdem kamen zahlreiche Delegationen von ArbeiterInnen aus den Betrieben. In den Diskussionen meldeten sich viele ArbeiterInnen zu Wort, die die Gewerkschaftsführung massiv kritisierten und demokratische Strukturen forderten. Hier sollen nur zwei der vielen Beispiele angeführt werden: In der Resolution eines Prager Betriebes wurde kritisiert: „Wie konnte es in unserer Republik zu einer solchen Verletzung der Menschenrechte unter dem Deckmantel des Interesses der Arbeiterklasse kommen?“ In seiner Wortmeldung sagte ein Vorarbeiter aus einem Stahlwerk: „Glaubt mir, dass unter den Menschen das Vertrauen zu den leitenden Gewerkschaftsfunktionären verlorengegangen ist. Wenn ich jetzt in den Betrieb zurückkehre, werde ich unangenehme Fragen beantworten müssen. Ich werde antworten müssen, ob das heutige Plenum fähig ist, mit einem Programm zu kommen, das der Lage und den Vorstellungen der Arbeitenden entspricht. Und wenn ja, warum wir nicht früher imstande waren, das zu tun. Wäre es nicht notwendig, eine Konferenz einzuberufen und auch im Plenum mit einer neuen Zusammensetzung anzufangen? Wer ist dafür verantwortlich, dass der Zentralrat der Gewerkschaften nicht rechtzeitig auf die Kritik der Arbeitenden aus den Betrieben eingegangen ist?“

Bildung von ArbeiterInnenräten

Während die ArbeiterInnen in der ersten Phase der Diskussion über die ArbeiterInnenräte von Februar bis April 1968 vorerst noch eine abwartende Haltung einnahmen, so handelten sie ab Mai zusehends aus Eigeninitiative. Insgesamt wurden in 120 Großbetrieben Räte gebildet, die über 900.000 ArbeiterInnen vertraten. Die Beteiligung an den Wahlen zu diesen Räten lag

bei über 80%. Am tschechoslowakischen Beispiel zeigte sich, dass das, oft gebrachte Argument, Selbstverwaltung funktioniere nicht, da die ArbeiterInnen alle zu wenig Ahnung von den Aufgaben eines Betriebes hätten, nicht stimmt. Denn die ArbeiterInnen wählten KandidatInnen, die um einiges fähiger waren, als die oft total unqualifizierten, parteitreuen UnternehmensdirektorInnen. Die Zustimmung der Bevölkerung zu diesen Räten und die Sympathie mit den Initiativen der ArbeiterInnen stieg im Laufe des Prozesses an. Sie repräsentierten für die Menschen die Hoffnung auf echten demokratischen Sozialismus. Bei einer Meinungsumfrage vom Juni 1968 sprachen sich 75% der Befragten für die Räte aus, die Idee einer Räterepublik hatten jedoch nur wenige. Die „Reformer“ reagierten nichtsdestotrotz auf die Eigendynamik der ArbeiterInnenräte-Bewegung mit der Vorbereitung eines Gesetzes, das deren Rolle lediglich auf beratende Funktionen beschränken sollte.

Eine politische Revolution?

In der Tschechoslowakei war eine Bewegung im Entstehen begriffen, die das repressive stalinistische System kritisierte und in Frage stellte. Viele Menschen wollten eine demokratisch geplante Wirtschaft, der Sozialismus an sich wurde von den meisten nicht in Frage gestellt. Grundsätzlich lässt sich die Bewegung also dadurch charakterisieren, dass die meisten Menschen nicht die wirtschaftliche Grundlage verändern wollten, sondern für echte Demokratie eintraten. Diese zwei wesentlichen Merkmale entsprechen Trotzki's Definition einer politischen Revolution. Trotzki, russischer Marxist und Kämpfer gegen die Entartung der KPdSU unter Stalin, formulierte die Frage der Entwicklung des Stalinismus in seinem Buch „Verratene Revolution“ über den Charakter der Sowjetunion folgendermaßen: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat aufessen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?“ In der Tschechoslowakei hätte diese Frage so gestellt werden müssen um tatsächlich etwas zu verändern. Um eine erfolgreiche politische Revolution durchführen zu können, in der die Macht aus den Händen der Bürokratie in die Hände der ArbeiterInnenklasse übergeht, fehlte aber ein entscheidender Faktor. Es fehlte eine Organisation, die diesen Kurs konsequent vertrat. Sie hätte die Bewegung vereinheitlichen, führen und auf eine höhere Ebene stellen können. Sie hätte die Macht nicht den „Reformern“ überlassen, die sie de facto ohnehin nicht mehr hatten, sondern die Verwaltung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft an die entstehenden Räte übergeben. Sie hätte ein Bündnis mit den ArbeiterInnen und Jugendlichen in Ost und West gesucht, sowie mit den revolutionären Bewegungen in den ex-kolonialen Staaten. Obwohl diese Organisation fehlte verfolgte die Bürokratie der Sowjetunion diesen, sich immer mehr radikalisierenden, Prozess, der ihre Macht in Frage stellte und statt ihrer repressiven Diktatur ein demokratisches System forderte, mit wachsendem Unbehagen. Erst nach der Niederschlagung wendeten sich Teile der tschechoslowakischen Bevölkerung von Dubček ab und begriffen, dass die Bürokratie die Krise des Stalinismus nicht lösen konnte, da sie selbst Teil des Problems war.

DIE ENTWICKLUNG DES KONFLIKTES MIT DER FÜNFERKOALITION

Die Bürokratie in der Sowjetunion und den anderen stalinistischen Staaten beobachtete die Entwicklung mit Sorge. Man war sich nicht sicher, ob die Gruppe um Dubček die Entwicklung noch unter Kontrolle hatte. Obwohl sie insofern weit hinter den Geschehnissen in Ungarn 1956 zurückblieb, als dass in Ungarn die Entwicklung eindeutig gegen die Bürokratie verlief, fand sie doch vor einem anderen Hintergrund statt. Die stalinistische Bürokratie war insgesamt in einer schwächeren Position und es kam vermehrt zu innerstalinistischen Konflikten: Die stalinistische Theorie der Möglichkeit vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ führte zu mehreren „nationalen Wegen“ zum „Sozialismus“. Allen voran ist hier die Abspaltung Chinas zu nennen. Doch auch die jugoslawische und die rumänische Bürokratie, sowie auch Polen schlugen einen eigenen „nationalen Weg“ ein. Auch die westlichen KPs wichen in gewissen Punkten von der Bürokratie der Sowjetunion ab. Dadurch war der stalinistische „Block“ 1968 geschwächt. Die Bürokratien waren in einer schwierigen Situation: Ließen sie der Entwicklung in der Tschechoslowakei ihren Lauf, würde sie auf die anderen Staaten überschwappen, schlugen sie sie nieder, würde das ebenfalls in anderen stalinistischen Staaten zu Protesten führen.

Die Dresdner Konferenz (23. März 1968)

Am 23. März, auf der Konferenz in Dresden, bei der sich die Staats- und Parteichefs der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens, der DDR und der ČSSR trafen, kam es erstmals zur Bildung einer Anti-Reform-Allianz der „fünf Bruderstaaten“ (Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien) innerhalb des Warschauer Paktes, die dann später die Niederschlagung der Bewegung durchführten. Die Staats- und Parteichefs der DDR, Walter Ulbricht, und Polens, Wladyslaw Gomułka führten diese Anti-Reform-Allianz an und charakterisierten die Ereignisse in der ČSSR – ebenso wie Breschnew – als „konterrevolutionär“. Was hier als „konterrevolutionär“ bezeichnet wurde, war nicht die Angst vor einer kapitalistischen Restauration, sondern vielmehr die Angst vor einer politischen Revolution, die eine demokratische Gesellschaft herausgebildet und der Bürokratie ihre Macht genommen hätte: Breschnew stellte fest, dass die „Straße“ und nicht das ZK die Abberufung des Präsidenten Novotný erzwungen habe. Dies, so Breschnew, sei ein Präzedenzfall für die grobe Missachtung der führenden Rolle der Partei.

Die Bewegung in der Tschechoslowakei wurde außerdem von ArbeiterInnen in der Sowjetunion und anderen Ostblockstaaten mit Interesse und Sympathie verfolgt, was für die Bürokratie eine reale Machtbedrohung bedeutete. So äußerte sich etwa Ulbricht im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ nach der

Niederschlagung der Bewegung wie folgt: „Einige Leute wollten in der ČSSR eine Freiheit einführen, wie es sie noch nie gab, eine Demokratie, die es noch nirgends gab und nirgends gibt.“ Es war die Angst vor echtem demokratischen Sozialismus, die die stalinistische Bürokratie zum Einmarsch bewog.

Wachsendes Misstrauen der „fünf Bruderstaaten“

Im April wuchs das Misstrauen Moskaus gegen die Entwicklungen in der Tschechoslowakei an. Die sowjetische Führung war zunehmend besorgt darüber, dass sich in der Tschechoslowakei – unabhängig von und trotz der Dubček-Führung – eine Bewegung mit Massenbasis bildete. Die Entwicklung hatte bereits in anderen stalinistischen Staaten Auswirkungen: In Polen gab es Jugendproteste, in Jugoslawien Universitätsbesetzungen sowie Proteste gegen die Bürokratie. In der DDR standen diese kurz bevor und in der Sowjetunion selbst, insbesondere in der Ukraine, gab es von Intellektuellen ausgehende, Proteste, die sich am tschechischen Beispiel orientierten. Die sowjetische Presse begann mit Hetzkampagnen gegen die Tschechoslowakei: Die „Prawda“ sprach von „Untergrabung der Einheit der sozialistischen Länder“ und von „Unterwanderung durch imperialistische Drahtzieher aus USA und Westdeutschland“. Die Sowjetunion kritisierte auch das Aktionsprogramm der KPČ, da es eine „Abweichung von Bündnisverpflichtungen“ und keine Anknüpfung an bewährte Werte sei. Bei bilateralen Verhandlungen mit Moskau am 4. Mai mussten sich die „Reformer“ erneut gegenüber den sowjetischen Vorwürfen, nicht gegen die „Konterrevolution“ vorzugehen und die Lage nicht im Griff zu haben, rechtfertigen. Vasil Bil’ak, Führer der KSS, nahm eine pro-sowjetische Haltung ein. Das Blitztreffen der Parteiführer der „fünf Bruderländer“ am 8. Mai, dessen einziger Tagesordnungspunkt die Lage in der ČSSR war, zeigte die wachsende Beunruhigung innerhalb des Warschauer Paktes.

Als das ZK der KPČ Novotný am 30. Mai aus der Partei ausschloss, rückten sowjetische Stabseinheiten zu Manövern in die Tschechoslowakei an und verteilten sich über das ganze Land. Die Einheiten zogen auch nach offizieller Beendigung der Manöver nicht ab. Dies stellte eine offensichtliche Drohgebärde der Sowjetunion dar.

Die Warschauer Konferenz (14. Juli 1968) und der Warschauer Brief

Am 14. Juli trafen sich in Warschau die Führer der „fünf Bruderstaaten“. Die tschechoslowakischen FunktionärInnen hatten eine Teilnahme abgelehnt und erklärten sich zu zweiseitigen Besprechungen bereit, sobald die russischen Truppen aus der Tschechoslowakei abgezogen seien. Die Warschauer Konferenz stellte einen offenen Bruch „der Fünf“ mit der ČSSR dar: Sie richteten einen warnenden Brief an Prag, in dem sie ihre „Sorge um (...) die Festigung der Positionen des Sozialismus und der sozialistischen Völkergemeinschaft“ durch die „vom Imperialismus unterstützte Offensive der Reaktion“ in der

Tschechoslowakei ausdrücken: „Die Unterminierung der führenden Rolle der kommunistischen Partei führt zur Liquidierung der sozialistischen Ordnung.“ Diese Situation werde durch die „Kräfte der Reaktion“ ausgenutzt und es bestehe die „Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft“. Das „Manifest der 2000 Worte“ wurde als Plattform der Reaktion bezeichnet, das zu Streiks und Unruhen aufrufe um „anarchistische Zustände zu schaffen“. Der Brief wies auch auf die Möglichkeit einer militärischen Intervention hin: „Deshalb meinen wir, dass die entschiedene Zurückweisung der Angriffe der antikommunistischen Kräfte (...) nicht nur Ihre, sondern auch unsere Aufgabe ist.“

Die Antwort aus Prag auf den Brief wies die Vorwürfe zurück: Die Partei erfülle „ihre führende Rolle nicht dadurch, dass sie über die Gesellschaft herrscht, sondern dadurch, dass sie der freien, fortschrittlichen sozialistischen Entwicklung diene.“ Die KPC bekundete aber auch ihr Interesse an freundschaftlichen Beziehungen mit den sozialistischen Ländern und bat um das Verständnis der Bruderparteien für die „komplizierte Lage“ in der Tschechoslowakei.

Die sowjetisch-tschechoslowakischen
Verhandlungen in Cierná nad Tisu (29. – 31. Juli)

Drei Tage vor Beginn der sowjetisch-tschechoslowakischen Verhandlungen im unkrainisch-slowakischen Grenzort Cierná nad Tisu veröffentlichten die „Literarni Listy“ und alle zentralen Tageszeitungen einen, vom tschechischen Schriftsteller Pavel Kohout verfassten, Aufruf der BürgerInnen an das Präsidium, der etwa 1 Million Unterschriften trug. In dem Aufruf wurde den „Reformern“ Vertrauen bekundet und sie wurden aufgefordert „ohne Rückzüge den Weg, auf den wir uns begaben und von dem wir nicht lebendig abweichen werden“ zu verteidigen. Die slowakische Jugendzeitung „Smena“ versuchte sogar einen Generalstreik zur Unterstützung der tschechoslowakischen Delegation auszurufen, aber die Parteiführung warnte vor solch „unüberlegten Aktionen“. Darin manifestierte sich einmal mehr die Angst der „Reformer“ vor einer Eigendynamik der Bewegung.

Die Stimmung bei den Verhandlungen, die geheim gehalten wurden, war sehr angespannt. Die Sowjetunion stellte klar, dass es auf dem tschechoslowakischen Weg Grenzen gab, deren Überschreitung sie nicht akzeptieren werde: Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei, Schutz der moskautreuen Funktionäre und Beschränkung der Pressefreiheit. In einer ersten offiziellen Stellungnahme nach dem Treffen versicherten die Kontrahenten, den Streit um die Linienführung der KPC beigelegt zu haben. Dies war jedoch eine glatte Lüge.

Die Konferenz in Bratislava (3. August 1968) und die Breschnew-Doktrin

Die Konferenz in Bratislava, an der „die Fünf“ und die ČSSR teilnahmen, wurde vor der Welpresse inszeniert und es wurde brüderliche Harmonie vor-

gespielt. Nach außen hin entstand der Eindruck eines relativen Einverständnisses unter den sechs Partnern: Der Zusammenhalt des sozialistischen Bündnisses wurde bekräftigt und der Tschechoslowakei wurde das Recht auf einen eigenen Weg im Rahmen des Bündnisses eingeräumt. Die Vertreter der Sowjetunion legten das Kommuniqué vor, das detailliert besprochen wurde. Darin kam unter anderem folgende bedeutende Passage vor: „Es ist die gemeinsame Pflicht aller sozialistischen Länder, diese Errungenschaften, die dank der heldenhaften Anstrengungen und der selbstlosen Arbeit eines jeden Volkes erkämpft wurden, zu unterstützen, zu festigen und zu verteidigen. Dies ist die einhellige Meinung aller Beratungsteilnehmer.“ Dieses Bekenntnis war die Basis für die „Breschnew-Doktrin“, mit der die „Fünf“ später den Einmarsch rechtfertigten und behaupteten, dass auch die Tschechoslowakei damit einverstanden gewesen sei.

Konflikt zwischen „Reformern“ und Hardlinern

Der Konflikt über die Reformen in der Tschechoslowakei wurde nicht nur auf internationaler Ebene mit den anderen Warschauer-Pakt-Staaten ausgetragen, sondern schlug sich auch innerhalb der KPČ nieder, wo „Reformer“ mit prosowjetischen Parteigenossen in Konflikt gerieten. Die Hardliner-Gruppe wurde vom Chef der KSS, Vasil Bilák, angeführt. Weitere Angehörige waren u. a. Alois Indra und Drahomir Kolder. Diese Gruppe gab Informationen an die sowjetischen Beamten weiter und beschrieb die Situation in der Tschechoslowakei als „konterrevolutionär“ und „bedrohlich für den Sozialismus“. Aus Angst, dass die Sowjetunion von einem Einmarsch absehen könnte, schrieben sie Briefe an Breschnew, in denen sie „brüderlichen Beistand“ forderten.

DER EINMARSCH UND DIE OKKUPATION

Steigender Druck auf Dubček

Dubček versuchte bis zum Parteitag jeglichen Konflikt mit den Gegnern zu vermeiden. Auf die Fragen Breschnews nach der Umsetzung der Rücknahme der Pressefreiheit, des Austausches von FunktionärInnen und anderer Vereinbarungen, reagierte Dubček mit Beschwichtigungen und gab unbestimmte Antworten. Dadurch kam die KPdSU schließlich zum Schluss, dass Dubček die Lage nicht im Griff habe und die Vereinbarungen nicht umsetze. Bei den Karlsbader Gesprächen versuchte Ulbricht Dubček nochmals unter Druck zu setzen und verlangte die Erfüllung der Bratislava-Vereinbarungen. Bei einem Treffen am 17. August versuchte der ungarische Staats- und Parteichef Kadar erfolglos Dubček doch noch auf den „rechten Weg“ zu bringen. Doch das Gespräch verlief laut Kadar „fruchtlos“, da Dubček die Vereinbarungen nicht einhalten wollte.

Obwohl sich die Anzeichen für einen geplanten Einmarsch in den Wochen zuvor verdichtet hatten, reagierte die tschechoslowakische Öffentlichkeit völlig überrumpelt. Grund dafür waren die, durch die „Reformer“ geschürten, Illusionen in die Kompromisse mit der Bürokratie der Warschauer-Pakt-Staaten: Auf der einen Seite hielt Dubček sich nicht an die sowjetischen Vorgaben und versuchte einer Konfrontation mittels Beschwichtigungen aus dem Weg zu gehen, auf der anderen Seite ließ er die tschechoslowakische Bevölkerung im Unklaren über die wahre Lage und organisierte keinen gesellschaftlichen Widerstand.

Die Planung des Einmarsches

Das primäre Ziel der Intervention war eine rasche Umwälzung der Machtverhältnisse und das Brechen des gesellschaftlichen Widerstandes. Die „Fünf“ wollten den Reformprozess ersticken, dem Einmarsch jedoch gleichzeitig einen legalen Anstrich geben. Deshalb hatte die Intervention die Verhinderung der Abhaltung des 14. außerordentlichen Parteitags zum Ziel. Insbesondere der enorme Aufschwung der Rätebewegung in der Tschechoslowakei bereitete der sowjetischen Bürokratie Sorgen. Da Dubček keine prosowjetischen Maßnahmen setzte, gerieten die Konservativen zunehmend unter Handlungsdruck. Sie beschlossen dem Parteitag zuvorzukommen und Dubček zu stürzen.

Am 16. August beschloss das sowjetische Politbüro, der ČSSR „militärische Hilfe“ zu leisten. General I. G. Pavlovskij erhielt den Befehl die Operation „Donau“ zu leiten. Am 18. August wurde bei einem Treffen der Fünferkoalition die sowjetische Interventionsentscheidung durch die Unterzeichnung eines Geheimprotokolls bestätigt. Der Plan der Machtübernahme sah vor, dass die prosowjetischen Verbündeten in der KPČ bei der Präsidiumssitzung am 20. August durch einen Misstrauensantrag gegen die Regierung für ein endgültiges Zerwürfnis sorgen und die Parteiführung übernehmen sollten. Die

Intervention war zwar militärisch gut geplant, aber das Ziel der Sowjetunion, dem Einmarsch einen legalen Anstrich zu geben, scheiterte. Dies hing u.a. mit falschen Information der prosowjetischen Gruppe in der ČSSR über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der KPČ zusammen, die der KPdSU vor dem Einmarsch versichert hatte, es gebe im Präsidium eine prosowjetische Mehrheit. Doch in der Folge des Einmarsches zogen zwei der Unterstützer der Hardliner in der letzten Minute ihre Unterstützung für den Einmarsch zurück und stellten sich auf Dubčeks Seite, wodurch die antireformistische Mehrheit zusammenbrach. Dadurch gelang es den einmarschierenden Staaten nicht, eine Pseudolegalität zu wahren.

Der Einmarsch (20. – 21. August 1968)

In der Nacht vom 20. auf den 21. August um 23:30 marschierten Truppen aus Staaten der Fünferkoalition ein und besetzten die ČSSR. Innerhalb von 36 Stunden war das Land völlig unter Kontrolle sowjetischer Truppen. Der Einmarsch war nur durch ein enormes Aufgebot an Truppen, Panzern und Kampfflugzeugen zu bewerkstelligen.

Es handelte sich um die größte militärische Operation in Europa seit dem Ende des 2. Weltkriegs. Es wurden etwa 100 tschechoslowakische Bürger getötet, 335 schwer verletzt und hunderte leicht verletzt. Die tschechoslowakische Armee wurde systematisch entwaffnet, führende „Reformer“ wie Dubček und Cerník wurden verhaftet.

Ein politisches Fiasko

Die sowjetische Bürokratie hatte die politische Vitalität der prosowjetischen konservativen Teile der KPČ überschätzt. Doch selbst wenn sich die prosowjetisch Gesinnten in der KPČ durchgesetzt hätten, stellte dies real nicht das primäre Problem für die einmarschierenden Staaten dar. Der Umsturzversuch scheiterte zunächst nicht an den Fehlinformationen der Verbündeten innerhalb der KPČ, sondern war anfangs ein politisches Fiasko, da er am kompromisslosen Widerstand fast des gesamten Volkes zerbrach.

Die prosowjetische Gruppe erreichte bis zum Truppeneinmarsch im Präsidium keine Kampfabstimmung über den Verbleib der Regierung. Stattdessen wurde schließlich – als die Truppen einmarschierten – über die Haltung zur Intervention abgestimmt, wobei Piller und Barbírek dem politischen Schock aufgrund des Einmarsches, über den sie nicht informiert worden waren sowie dem allgemeinen Druck unterlagen, und gegen den Einmarsch stimmten. Somit ging Bíl's Plan, der mit der Unterstützung der Beiden und somit mit einer prosowjetischen Mehrheit von 6:5 im 11-köpfigen Präsidium rechnete, nicht auf: Das Präsidium sprach sich mit einer Mehrheit von 7:4 gegen die Intervention aus und richtete an die Bevölkerung einen Aufruf Ruhe zu bewahren und keinen Widerstand zu leisten. Die Menschen wur-

den aufgefordert, „Panik und Provokationen zu verhindern, keine Störungen, keine Desorganisierung der Produktion und des Verkehrs zuzulassen und nicht wieder gutzumachenden Schäden vorzubeugen, die Versorgung sicherzustellen, die Ruhe und Ordnung an den Arbeitsstätten, in Städten und Dörfern zu hüten“. Widerstand würde die Situation nur verschärfen, so die Argumentation der „Reformer“.

Die Massenmedien verbreiteten jedenfalls diesen Entschluss und folglich scheiterte vorerst auch die Übernahme der Kontrolle über die Medien. Am Abend des 21. August wurde ein Rumpf-ZK einberufen, bei dem nur etwa ein Drittel der Delegierten anwesend waren. Dadurch versuchte die prosovjetsche Gruppe die Verurteilung der Intervention zu revidieren, was aber ebenfalls nicht gelang. Die Pseudolegalität der Machtübernahme konnte nicht gewahrt werden. Aber die „Reformer“ waren auch nicht bereit, das Volk zum entschlossenen Widerstand und zur Verteidigung der politischen Revolution aufzurufen und zu bewaffnen, sowie zu führen, was letztlich zur Niederlage führte.

Der außerordentliche 14. Parteitag (22. Aug. 1968)

Am 22. August trat nun der außerordentliche 14. Parteitag zusammen. Die Tagesordnung des Parteitages bestand im Wesentlichen aus einer Unzahl formal-bürokratischer Punkte. Selbst nach dem Einmarsch hielten die „Reformer“ an ihrer bürokratischen legalistischen Strategie fest, mit den Besatzern alles auf dem Verhandlungsweg regeln zu wollen. So meinte etwa der Funktionär Pelikán in der Debatte: „Ich glaube, es ist unsere historische Aufgabe, ein neues Zentralkomitee und Präsidium zu wählen, das dann mit den Vertretern der fünf Länder und mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien über eine Lösung auf der Grundlage der Respektierung unserer Souveränität und der gemeinsamen Interessen der internationalen Arbeiterbewegung verhandeln kann (stürmischer Beifall)“.

Der Parteitag sah also einerseits seine Hauptaufgabe in der Wahl neuer Gremien, andererseits war es den „Reformern“ ein unglaublich wichtiges Anliegen, den Widerstand der Menschen zu demobilisieren. Immer wieder wurde in der Debatte betont, wie wichtig es sei, dass die Menschen keinen Widerstand leisteten und alles wohlgeordnet ablaufe.

Der Parteitag wählte ein neues ZK, in dem die „Reformer“ endgültig die Mehrheit hatten und in das auch alle verhafteten Politiker gewählt wurden. Der Parteitag wurde von allen politischen Institutionen anerkannt. Die Nationalversammlung trat zusammen und verurteilte die Okkupation ebenfalls. Viele PolitikerInnen handelten jedoch nicht aus prinzipieller Abneigung gegen Kollaboration, sondern aufgrund des enormen Drucks der Bevölkerung. Ein Beispiel dafür ist Svoboda, der durchaus kollaborationswillig war, aber die Anerkennung einer Kollaborationsregierung mit dem Argument ablehnte, das Volk würde ihn in einem solchen Fall von der Prager Burg, dem Sitz des Staatspräsidenten, jagen.

Der Parteitag verurteilte in seiner Erklärung die Intervention, mahnte die Bevölkerung zur „Besonnenheit“ und erließ diverse Aufrufe, zum Beispiel einen Hilferuf an alle kommunistischen Parteien der Welt. Außerdem legte er vor dem Weltsicherheitsrat der UNO Protest ein. Die UNO, ein Instrument des Imperialismus, das kurz zuvor den Korea-Krieg legitimiert hatte und kein Interesse an der Errichtung einer echten sozialistischen Demokratie hatte, tat jedoch erwartungsgemäß nichts gegen die Intervention.

Anstatt sich auf die internationale Studierenden- und ArbeiterInnenbewegung zu orientieren, appellierte man an die stalinistischen Parteien. Obwohl viele KP-Führungen sich gegen den Einmarsch aussprachen, handelte es sich hier dennoch um bürokratische Führungen, die sich nicht an den Interessen der ArbeiterInnen orientierten.

Auch an die Bevölkerung der fünf Besatzerstaaten wurde appelliert, solch ein abstrakter Appell ohne konkrete Aufforderungen blieb jedoch wirkungslos. Dabei gab es Solidarität mit dem „Prager Frühling“ in der ArbeiterInnenklasse einer ganzen Reihe von stalinistischen Staaten. In der DDR protestierten ArbeiterInnen gegen die Petitionen zur Unterstützung des Einmarsches in der Tschechoslowakei, die sie von der Bürokratie zum Unterschreiben vorgelegt bekamen. Hunderte Menschen durchbrachen die Polizeiabsperrungen vor der tschechoslowakischen Botschaft um Protestnoten gegen den Einmarsch zu unterzeichnen. In Eisenhüttenstadt demonstrierten 4.000 ArbeiterInnen gegen den Einmarsch. In Jugoslawien gingen 200.000 ArbeiterInnen und Jugendliche gegen den Einmarsch auf die Straße. Auch in Russland gab es Proteste. Aber die Gruppe um Dubček wollte und konnte mit ihnen kein Bündnis eingehen, da dies die eigene Position in Frage gestellt hätte.

Der Parteitag rief die Bevölkerung auch zu einem einstündigen Proteststreik am 23. August auf, nahm jedoch peinlichst davon Abstand, diesen als Generalstreik zu bezeichnen. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang folgende Wortmeldung von Hejzlar: „Ich habe nur eine kurze Feststellung für die anwesenden Journalisten, Radioreporter und für alle, die bereits den Entwurf der Erklärung bekommen haben. Da ist wieder einmal, wie verhext, ein Schreibfehler passiert: Im Text auf Seite 2, statt ‚Freitag, den 23. August, um zwölf Uhr mittags einen einstündigen Proteststreik‘ steht geschrieben ‚Protest-Generalstreik‘. Wer also eine Kopie davon hat, möge das sofort korrigieren, und jene, die die Nachrichtenmittel bedienen, sollen diese wesentliche Änderung nicht vergessen. (...)“. Der Vorsitzende bestätigte, dass dieser „sehr peinliche Fehler“ in den Radiosendungen richtiggestellt werde.

Der Widerstand der Bevölkerung

Die Bevölkerung war weit weniger zögerlich als die „Reformer“, sie erkannte instinktiv, dass kein Raum für Kompromisse war und, dass die bisherigen Erregenschaften verteidigt werden mussten. Als Reaktion auf den Einmarsch

entfaltete sich in der Bevölkerung ein gemeinsamer Widerstand. In Prag und Bratislava und anderen großen Städten gab es riesige Protestzüge, die aus Hunderttausenden bestanden. Auf den Straßen versuchten die Menschen mit Sitzstreiks das Vorrücken der Panzer zu verhindern. In Prag errichteten Tausende vor dem Rundfunkgebäude Barrikaden gegen die einrückenden Panzer und zündeten diese mit bloßen Händen an. Folge des Einmarsches war auch ein enormer Aufschwung der Rätebewegung. Die Fabriken wurden in der Folge zu wichtigen Zentren des Widerstandes und es wurden Streikkomitees gegründet. Der einstündige Generalstreik am 23. August wurde fast hundertprozentig durchgeführt. Auf die Hauswände wurden Parolen wie „Lenin wach auf, Beschnew ist verrückt geworden!“ oder „Freiheit, Souveränität, Sozialismus!“ geschrieben. Solche Parolen zeigen deutlich, dass die Bevölkerung sich hier nicht gegen die Planwirtschaft an sich auflehnte, sondern für eine planwirtschaftliche Gesellschaft mit demokratischer Kontrolle eintrat. Zwischen den Vorstellungen der „Reformer“ und denen der Bevölkerung wurde der Unterschied immer offensichtlicher.

Den Besatzern gelang es nicht die Kontrolle über die Massenmedien zu erlangen, deren Arbeit auf dem Einsatz einfacher ArbeiterInnen unter großem Risiko beruhte, die bei der Koordinierung des Widerstands eine wesentliche Rolle spielte. Die Okkupationsmedien fanden bei den Menschen wenig Resonanz. Die Massenmedien ignorierten die Verbote der Besatzer einfach und es wurde ein System geheimer Sendungen gebildet. Aber die Bürokratie um Dubček nützte dieses Machtmittel nicht, um den Widerstand gegen die Besatzung zu organisieren, sondern wirkten aktiv gegen eine Organisation. Die Eisenbahner verzögerten absichtlich die Fahrten der sowjetischen Nachschübe. Zur Behinderung aller Aktionen der Besatzer wurden Straßenschilder entfernt und massenhaft in Dubček- und Svobodastraßen umbenannt. Die Menschen führten im Rahmen von gezielten Flugblatt- und Aufklärungsaktionen in russischer Sprache viele Diskussionen mit den sowjetischen Soldaten, denen die KPdSU Lügen über einen faschistischen Putsch in der ČSSR und dergleichen erzählt hatte. Dies hatte eine Verunsicherung und Demoralisierung unter den Okkupationstruppen zur Folge. Die sowjetische Militärführung musste daraufhin ganze Divisionen austauschen, da diese mit der tschechoslowakischen Bevölkerung sympathisierten. Der breite Widerstand, die Bereitschaft zur Verteidigung der politischen Revolution zeigt, was mit einer entschlossenen Führung, die die Bevölkerung bewaffnet hätte und an die Proteste in anderen stalinistischen Staaten angeknüpft hätte, möglich gewesen wäre.

Die Haltung des Westens zum Einmarsch

Trotz Appellen der „Reformer“ an den Westen mischte sich dieser nicht in den Konflikt in der sowjetischen Machtsphäre ein. Denn obwohl die Ereignisse in der ČSSR 1968 nach der Niederschlagung im Westen zu Propagandazwecken benutzt wurden, wollten die westlichen Regierungen keine Eskalation der Spannungen mit der Sowjetunion riskieren. Vor allem war nicht nur die

stalinistische Bürokratie, sondern auch der Westen nicht daran interessiert, dass eine Bewegung für echten Sozialismus in der ČSSR siegt. Denn dies hätte nicht nur eine Alternative zum Stalinismus sondern auch zum Kapitalismus im Westen dargestellt. Die gute Zusammenarbeit und die durchaus ähnlichen Interessen werden auch darin deutlich, dass der sowjetische Botschafter in den USA den US-Präsidenten bereits vor dem Einmarsch darüber informiert hatte.

Die Rolle der österreichischen Regierung

Die österreichische Regierung machte sich in erster Linie Sorgen um die politische Stabilität in der Region. Man hatte sich mit der Bürokratie in der ČSSR und anderen stalinistischen Staaten arrangiert und lukrative Handelsbeziehungen aufgebaut. Ein Erfolg des „Reformprozesses“ in der ČSSR war keineswegs so wünschenswert für die Herrschenden in Österreich. Hätte doch ein demokratischeres Modell eines „sozialistischen“ Staates direkt vor der Haustür auch in Österreich Unterstützung gefunden und hätte weit weniger leicht als Negativbeispiel für die anti-kommunistische Propaganda des Kalten Krieges dienen können. Nichtsdestotrotz wurden nach der Niederschlagung des „Reformprozesses“ auch dies zum Anlass für Propaganda gegen den „Panzerkommunismus“ verwendet.

Wie groß die Gefahr einer militärischen Bedrohung sprich eines Vormarsches sowjetischer Truppen nach Österreich war, ist schwer zu sagen. Tatsächlich war diese Möglichkeit bereits 1945 von Seiten der Sowjetunion nicht genutzt worden als es wesentlich leichter gewesen wäre. Strategische Pläne der Sowjetunion sahen möglicherweise vor, österreichisches Grenzgebiet zu besetzen, um tschechoslowakischen Truppen den Weg abzuschneiden. Da sich diese ohnehin kamplos ergaben, spitzte sich die Situation nicht derart zu.

Insgesamt vermied die Regierung nach dem Einmarsch jegliche Parteinahme bezüglich der Vorgänge im Nachbarland. Die Intervention wurde zwar nicht gutgeheißen, sie wurde allerdings auch nicht verurteilt. Man wollte sich aus dem Konflikt heraushalten und nichts damit zu tun haben. Die „Neutralität“ Österreichs hieß also konkret, dass Kurt Waldheim, der damals Außenminister war, die Weisung erließ, dass Österreich keine Flüchtlinge aus der ČSSR aufnehmen solle. Der spätere Bundespräsident Rudolf Kirchschläger, der damals österreichischer Botschafter in Prag war, ignorierte diese Weisung jedoch und stellte Visa an Ausreisewillige aus. Kirchschläger wurde später als Aushängeschild für die „vorbildliche“ Rolle Österreichs während der Niederschlagung des Prager Frühlings benutzt um die tatsächliche Politik der Regierung in dieser Frage zu verschleiern.

DIE „NORMALISIERUNG“ – RESTAURATION DES STALINISMUS

Das „Moskauer Protokoll“

Der Staatspräsident Svoboda weigerte sich aufgrund des Drucks der Bevölkerung eine Gegenregierung einzusetzen und Bílák, Indra und Kolder versuchten vergeblich eine neue Regierung zu bilden. Am 23. August flog Svoboda nach Moskau, wo er auf der Freilassung der Verschleppten beharrte, ohne die er keine weiteren Verhandlungen führen wollte. Svoboda wollte durch diese Vorgehensweise einen Aufstand vermeiden, da die Bevölkerung hinter Dubček und Cerník stand. Er wollte, dass Dubček und Cerník zuerst auf ihre Posten zurückkehrten und erst dann, nachdem ihre Autorität aufgrund der Umsetzung der Zugeständnisse gesunken war, sollten sie ihre Funktionen niederlegen. Svoboda wollte dadurch die politischen Ziele der Sowjetunion ohne einen Volksaufstand und dessen militärische Niederschlagung erreichen.

Am 24. August nahmen die Inhaftierten an den Verhandlungen in Moskau teil. Das Endergebnis war das „Moskauer Protokoll“, das zwar die Beibehaltung der alten Parteiführung akzeptierte, aber massive politische Auflagen machte, die einem Ende des Reformkurses gleichkamen. Frantisek Kriegel war der Einzige, der sich weigerte das Protokoll zu unterschreiben.

Die Forderungen der Sowjetunion waren:

- sofortige Rücknahme des Protests beim Weltsicherheitsrat der UNO
- bedingungslose Bindung an den Warschauer Vertrag und die Comecon (Wirtschaftsgemeinschaft der stalinistischen Länder), keine Kontakte mit westlichen Ländern wegen Wirtschaftshilfe
- keine Zulassung von politischen Gruppen außer der KPČ.
- Säuberung der Regierung und der Partei von Radikal-„Reformern“
- Wiedereinführung der Pressezensur

Beginn der „Normalisierung“ unter der Okkupation

Bei seiner Rückkehr bat Dubček die Menschen um Verständnis für die kommende „Normalisierungspolitik“ und die Einschränkungen von Demokratie und Pressefreiheit und forderte sie auf, besonnen zu bleiben, damit sich die Verhältnisse normalisieren könnten. Er behauptete, dass auch die sowjetischen Verhandlungspartner in Moskau bereit seien, die Beziehungen zur Tschechoslowakei zu normalisieren und schürte weiter Hoffnungen, indem er sagte: „Ich will in meinem Leben nichts anderes tun, als für die Verwirklichung der Ideale meines Volkes zu arbeiten“ und weiter: „Glaubt mir, dass euer Vertrauen für uns eine Verpflichtung darstellt, eine Verpflichtung, die wir niemals vergessen werden.“

Dubček vergaß seine Verpflichtung ziemlich schnell: Am 30. August wurde die Pressezensur wieder eingeführt. Am 1. September tagte das ZK, das den

14. Parteitag für ungültig erklärte und ein neues Präsidium wählte, in dem die radikalreformistische Strömung an den Rand gedrängt wurde. Das Versagen der rechtlich-legalistischen Strategie Dubčeks wurde damit endgültig besiegt. Auf Druck der Sowjetunion mussten „kadermäßige Veränderungen“ vorgenommen werden und alleine bis April wurden über 20% der Mitglieder der KPČ in Säuberungsaktionen aus der Partei ausgeschlossen.

Cerník betrieb bezüglich der Verhandlungen in Moskau eine bewusste Desinformationspolitik: Einerseits wurde die Rolle der tschechoslowakischen Verhandlungspartner, insbesondere die von Svoboda, heroisiert, andererseits wurden die Zugeständnisse an die Sowjetunion großteils verschwiegen.

Dubček und die Reaktion der Bevölkerung auf die „Normalisierung“

In der Partei bildete sich eine Einheitsplattform aus prosowjetischen KollaborateurInnen und „Reformern“, die versuchte, den Anschein einer einheitlichen Parteiführung zu wahren. Die gemeinsame Angst vor einem Verlust der privilegierten Stellung als ParteifunktionärInnen war das verbindende Element. Die Option einer selbstkontrollierten Restauration, bei der die „Kader“ erhalten bleiben sollten, wurde in diesem Augenblick zum gemeinsamen Nenner von „Reformern“ und Konservativen. Dieser Konsens äußerte sich im Personenkult um Svoboda, der zwar eindeutig prosowjetisch eingestellt war, aber es den „Reformern“ durch seine Weigerung eine Kollaborationsregierung einzusetzen, ermöglicht hatte, das Gesicht zu wahren und weiterzuregieren.

Die konsequente Kollaborationsverweigerung und der ungebrochene Wille der Bevölkerung, die Errungenschaften des Demokratisierungsprozesses zu verteidigen, stellten für die „Reformer“ eine reale Bedrohung dar. Folgerichtig zielten die Bemühungen der zurückgekehrten „Reformer“ darauf ab, eine Demobilisierung des gesamten Widerstandes herbeizuführen und möglichst rasch den eigenen Machtapparat instand zu setzen. Trotz der Bemühungen die Bewegung zu unterdrücken, kam es aber zu Widerstandsakten der Bevölkerung. Als die Delegierten der Nationalversammlung am 18. Oktober zusammenkamen um das „Moskauer Protokoll“ abzusegnen, wurden sie von hundert Protestierenden dazu aufgefordert, nicht zu unterschreiben. Als die Delegierten nach der Ratifizierung des Protokolls das Gebäude verließen, riefen die Protestierenden ihnen zu, sie sollten sich schämen. Die Bekanntgabe des „Moskauer Protokolls“ und die darauf folgende Rede Svobodas am 28. Oktober führten zu spontanen Demonstrationen und Vorwürfen des Verrates gegen die tschechoslowakische Führung. Die „Reformer“ konzentrierten sich darauf, die Bevölkerung zu beschwichtigen.

Auf der einen Seite bestand noch in Teilen der Bevölkerung aufgrund der Behauptungen der „Reformer“, den Reformprozess auch auf Grundlage des Moskauer Protokolls fortsetzen zu können, ein gewisses Vertrauen in die „Reformer“. Das setzte diese allerdings auch unter massiven Druck, weil sie sich in der Umsetzung ihrer Zugeständnisse an die UdSSR zunehmend bedrängt sahen. So veröffentlichte die „Literarni Listy“ noch bevor die Zensur eingreifen

konnte, einen Artikel des tschechischen Schriftstellers Jan Prochazka, der die Weltöffentlichkeit dazu aufforderte, die Sowjetunion und die vier Warschauer-Pakt-Staaten zu boykottieren. Auf der anderen Seite schwand das Vertrauen in die „Reformer“ nach der Unterzeichnung des Moskauer Protokoll immer mehr und es bildete sich eine Opposition: Viele Menschen waren empört über die Unterzeichnung des „Moskauer Protokolls“ und es kam zu Protestaktionen, die sich nicht nur gegen Moskau, sondern auch gegen die Politik der „Reformer“ richteten.

Repression gegen Gewerkschafter und Linke

In bürgerlichen Büchern und Medien ist meist viel die Rede von prominenten „Reformern“ wie Dubček, die verhaftet und aus der KPČ ausgeschlossen wurden. Dabei wird jedoch ausgeblendet, dass sich der größte Teil der Repression gegen ArbeiterInnen richtete, was sich in verschärfter Arbeitsgesetzgebung und polizeilicher Bespitzelung der ArbeiterInnen in den Betrieben ausdrückte.

Die Gewerkschaften spielten in der Organisierung des Widerstands eine wichtige Rolle. In verschiedenen Initiativen versuchten ArbeiterInnen und Studierende zusammenzuarbeiten. So hatten etwa die Metallarbeitergewerkschaft und der Studierendenverband in Böhmen und Mähren am 19. Dezember 1968 ein Kooperationsabkommen geschlossen. Darin verpflichteten sie sich zu gemeinsamen Aktionen gegen die zurückweichende Politik der „Reformer“ und für einen Truppenabzug, sowie für die Fortsetzung der Reformen. Am 7. Gesamtgewerkschaftskongress, der von 4.-7. März 1969 stattfand, wurde eine „Charta der Gewerkschaftsbewegung“ verabschiedet, in der betont wurde, dass die Gewerkschaft auf Basis eines eigenen Programms eine, gegenüber der Regierung und dem Staat selbstständige Politik verfolgen werden. Mit der Machtübernahme des moskautreuen Husáks und der Abwahl Dubčeks begann jedoch Repression gegen die Gewerkschaften: Es wurden Säuberungen durchgeführt und 50 – 80% der Mitglieder, meist aus der unteren und mittleren Ebene, ausgeschlossen.

Auch gegen antistalinistische AktivistInnen wurde vorgegangen und KritikerInnen wurden verhaftet. Unter den ersten Opfern der Säuberungswelle nach dem Einmarsch waren 1969 die AktivistInnen der „Bewegung der Revolutionären Jugend“, einer antistalinistischen Gruppe um Petr Uhl, die politisch vom Vereinigten Sekretariat der 4. Internationale unter Mandel beeinflusst war. Die AktivistInnen wurden verhaftet und in einem Schauprozess zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Uhl selbst verschwand für vier Jahre hinter Gittern.

Liquidierung der ArbeiterInnenräte

Die sowjetische Bürokratie verlangte die Auflösung der ArbeiterInnenräte und behauptete, dass diese die Arbeit der Unternehmen behindern würden.

Außerdem würden sie die Position der Partei schwächen und dies sei nicht vertretbar. Doch die KPČ hatte Angst, die Räte alle auf einmal mit einem Schritt zu liquidieren, da dies enorme Proteste in der ArbeiterInnenschaft und in der Bevölkerung ausgelöst hätte. Die Räte hatten in der Bevölkerung großen Rückhalt: Noch im März 1969 sprachen sich unter den Bedingungen der Repression bei einer Umfrage 62% der Befragten für die Bildung von ArbeiterInnenräten aus. Die „Reformer“ hatten vor einer breiten Protestbewegung von ArbeiterInnen und Jugendlichen Angst und versuchten, dies durch eine Salamitaktik zu verhindern. Sie gingen deshalb nicht sofort gegen alle ArbeiterInnenräte vor, sondern versuchten diese schrittweise zurückzudrängen. Zuerst wurden die Räte für gesetzeswidrig erklärt, dann wurden die Strukturen in den Betrieben verändert, die MitarbeiterInnen ausgewechselt und schließlich mit Repression gegen die InitiatorInnen der Räte vorgegangen. So konnten die Räte noch eine längere Zeit lang bestehen. Es bildeten sich sogar noch im November und Dezember 1968 neue Räte. Schließlich gewann jedoch die Regierung die Oberhand und die Räte wurden liquidiert. Erst am 12. November 1969 – mehr als ein Jahr nach dem Einmarsch – wurde mit dem Rat der Skoda-Werke in Pilsen auch der bedeutendste und größte Rat aufgelöst.

Wachsende Resignation und Selbstverbrennungen als Verzweiflungstaten

Am 16. Jänner 1969 verbrannte sich der Student Jan Palach aus Protest gegen die Einschränkung der Reformpolitik auf dem Wenzelsplatz. Mit seiner Tat wollte Palach ein Zeichen gegen die wachsende Resignation, die sich in der damaligen Tschechoslowakei ein knappes halbes Jahr nach der bewaffneten Niederschlagung des Prager Frühlings breit machte, setzen. Seine Tat löste eine Welle von Massendemonstrationen gegen Moskau und die Reformgegner aus. Hunderttausende Menschen gingen auf die Straße und demonstrierten gegen die Rücknahme der Reformen. Am 19. Jänner drohte der „Reformer“ Cerník mit dem Einsatz von Militär um die Massenproteste zu unterdrücken. Hier zeigt sich ganz deutlich, auf welcher Seite die „Reformer“ in letzter Instanz standen, und wie „pazifistisch“ sie tatsächlich waren: Wurden Proteste der Bevölkerung immer mit dem Argument der Vermeidung von Blutvergießen abgelehnt, so hatte Cerník offensichtlich kein Problem Gewaltdrohungen gegen demonstrierende Menschen auszusprechen. Seine Drohungen stoppten die Selbstverbrennungen jedoch nicht und etwas mehr als ein Monat später folgte dem Beispiel Palachs mit Jan Zajic ein weiterer junger Student, der sich in Prag verbrannte. Die Serie dieser Selbstverbrennungen beendete dann im April der Arbeiter Evzen Plocek, der sich in Iglau/Jihlava mit Benzin übergoss, anzündete und später ebenfalls seinen schweren Verletzungen unterlag.

Während Jan Palach zu Beginn des Jahres 1969 mit seiner Tat die Bevölkerung der Tschechoslowakei für einige Tage aus der wachsenden Resignation gerissen hatte, so fanden sich die Menschen im Laufe des Jahres mit den politischen Veränderungen ab. Weil eine Organisierung und Vernetzung des Widerstandes fehlte war dieser letztlich nicht erfolgreich. Aufgrund der ent-

täuschten Hoffnungen zogen sich viele ins Privatleben zurück und warteten auf bessere Zeiten. Die Ablehnung der politischen Entwicklung drückte sich unter anderem auch in Produktivitätsabfällen aus: Für die ArbeiterInnen war dies eine der wenigen verbleibenden Möglichkeiten, Widerstand zu leisten.

Putschversuch

Doch für Moskau ging die „Normalisierung“ noch immer zu langsam: Am 1. April 1969 überbrachten der sowjetische Vize-Außenminister Semjonow und der Verteidigungsminister Marschall Gretscho dem Präsidenten Svoboda ein Ultimatum zum Sturz der Regierung. Doch Svoboda lehnte ab. Zur selben Zeit versuchte der tschechoslowakische General Frantisek Bedrich zu verkünden, dass das Militär die Macht im Land übernommen habe. Doch Cerník vereitelte den Putschversuch, indem er den Chef der Presse-Agentur warnte, die Putschmeldung nicht zu verbreiten. Dubček wurde ebenfalls zur selben Zeit von den moskautreuen Mitgliedern des ZK zum Rücktritt aufgefordert. Dubček wandte sich daraufhin an Breschnew, der die Putschisten zurückrief um Dubček daraufhin zu weiteren Zugeständnissen in der Pressezensur und der Personalpolitik zu zwingen.

Dubčeks Abwahl (17. April 1969)

Letztendlich führten seine Zugeständnisse zu seiner eigenen Absetzung: Am 13. April wurde Dubček von konservativen VertreterInnen eine Rede vorgelegt, die er vor dem ZK halten sollte. Davon machte die Mehrzahl der Delegierten seine Wiederwahl zum 1. Sekretär abhängig. Diese Rede beinhaltete eine Rechtfertigung der Intervention aufgrund einer „konterrevolutionären Gefahr“, die Hauptschuldzuweisung für die oppositionelle Haltung der Bevölkerung an die Presse und die Forderung nach einer radikalen Säuberung der Partei von Reformkräften. Dubček versuchte die offiziellen Erklärungen der Rede nach üblicher Taktik zu verdrehen, aber es war schon zu spät: Am 17. April wählte das ZK Alexander Dubček als 1. Sekretär ab und wählte mit 87,6% Gustav Husák zu seinem Nachfolger.

Husák hatte sich schon im Vorfeld durch eine antireformerische Haltung profiliert und sich der Kremelführung als Alternative zu Dubček dargeboten. 1970 verlor Dubček auch seinen Sitz im ZK und im Juni wurde er auch aus der Partei ausgeschlossen. Viele „Reformer“ wurden aus der Partei und/oder aus ihren Führungsgremien ausgeschlossen. Damit wurde die „Normalisierung“ nicht nur auf inhaltlicher, sondern auch auf personeller Ebene abgeschlossen.

Der „Prager Frühling“ zeigt deutlich, dass der Kampf für echten, für demokratischen Sozialismus möglich ist, aber nur mit einer entschlossenen Führung und der internationalen Solidarität der ArbeiterInnen und Jugendlichen gewonnen werden kann. Der Sowjetunion kam aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit eine zentrale Rolle zu. Einesseits bestand ohne eine erfolgreiche politische Revolution in der Sowjetunion auch für andere stalinistische Staaten die permanente Gefahr eines Eingreifens der Sowjetunion zur Unterdrückung einer politischen Revolution. Andererseits konnten die Bewegungen in der Peripherie des Stalinismus sehr wohl auf sein Zentrum übergreifen und zu seinem Sturz führen.

Dubčeks Politik hatte jedoch keine revolutionäre internationale Perspektive um die Bewegung über die Grenzen der Tschechoslowakei hinauszutragen. Die Reformen sollten undemokratisch von oben umgesetzt werden. Die Bevölkerung sollte dabei keine aktive Rolle spielen. Dubčeks internationale Politik zur „Verteidigung“ des „Prager Frühlings“ bestand vor allem darin, zu versuchen die stalinistischen BürokratInnen davon zu überzeugen, dass die Bewegung keine Gefahr darstelle. Eine Gesellschaftsveränderung hin zum echtem Sozialismus kann jedoch nicht durch die Beschwichtigung von BürokratInnen erreicht werden.

Als der außerordentliche 14. Parteitag am 22. August 1968 abgehalten wurde, richteten sich die „Reformer“ mit ihrem Hilferuf einmal mehr an die kommunistischen Außenstellen Moskaus und mit dem Protest beim Weltsicherheitsrat der UNO sogar an die VertreterInnen des kapitalistischen Systems des Westens. An die weltweiten ArbeiterInnen- und Studierendenbewegungen knüpften die „Reformer“ nicht an. Als „Bündnispartner“ kamen nur die sowjetische Bürokratie und die Regierungen des Westens in Frage, nicht aber einfache Menschen, wie ArbeiterInnen und Studierende.

Es wäre notwendig gewesen, die Bewegung in der ČSSR über die Grenzen hinauszutragen und sie mit anderen Bewegungen zu verbinden. Dabei geht es nicht darum, die herrschenden Eliten in Ost und West auf seine Seite zu ziehen, sondern auf Bewegungen von unten zu orientieren. Nur eine Ausweitung der Bewegung hätte auch tatsächlich eine Chance gehabt vor der KPdSU-Bürokratie und ihren Verbündeten standzuhalten. Hätte die Führung der Bewegung an die internationalen Kämpfe – die Streiks in Europa, so etwa in Frankreich, wo 10 Millionen ArbeiterInnen mit einem Generalstreik fast die Macht übernommen hatten, die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien, an die Antikriegsbewegung, etwa in den USA aber auch an die antistalinistischen Bewegungen in Osteuropa angeknüpft und politisch-solidarische Beziehungen aufgebaut, so hätte dies weitgehende Folgen haben können. Nur solch eine internationale Perspektive kann der Isolation von Einzelbewegungen gegenüber mächtigeren Gegnern etwas entgegensetzen.

Doch die Politik der „Reformer“ versagte nicht nur in internationaler Hinsicht. Auch im eigenen Land orientierte sich ihre Politik nicht auf die Mo-

bilisierung der eigenen Bevölkerung. Seitens der tschechoslowakischen Bevölkerung gab es schon vor dem Einmarsch eine Vielzahl an Initiativen und Aktionen, an die angeknüpft hätte werden können. Die Reaktionen der Bevölkerung auf den Einmarsch und ihr fester Wille die Errungenschaften zu verteidigen, zeigten das vorhandene Potential für eine erfolgreiche politische Revolution. Die Dubček-Führung schöpfte dieses Potential jedoch auch vor dem Einmarsch nicht aus und mobilisierte die Bevölkerung nur punktuell, z.B. zum Generalstreik am 23. August, der viel zu spät kam und dem keine weiteren Schritte folgten. Sie war weder an Demonstrationen gegen den Einmarsch, noch an Universitätsbesetzungen oder gar Streiks interessiert, sondern versuchte diese durch „Beschwichtigung“ zu verhindern. Vor dem Einmarsch argumentierten die „Reformer“ noch gegen einen Generalstreik und taten ihn als „unüberlegte Aktion“ ab. Auch den Streik am 23. August wollten sie nicht als „Generalstreik“, sondern lediglich als „Proteststreik“ bezeichnen.

Dubček und die anderen „Reformer“ waren Teil der stalinistischen Bürokratie, dementsprechend versuchten sie die Bewegung zu bremsen und orientierten sich auf Bündnispartner in ihrer eigenen „Etagé“ und nicht auf die einfache Bevölkerung. Ihrem Verständnis nach wurden politische Entscheidungen in erster Linie über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen und nicht durch diese. Folglich nutzten sie auch das Potential vom Massenmobilisierungen nicht. Einerseits hatten sie kein Vertrauen zu den Massen. Andererseits hatten sie jedoch auch Angst davor, die Kontrolle über die Situation zu verlieren und wollten nicht ihre eigene Machtposition gefährden. Eine sich zunehmend radikalisierende Bewegung, die immer weitergehende Forderungen stellte und begann, die Macht selbst in die Hand zu nehmen, war eine reale Bedrohung für die Parteispitze. Die Reformer standen auch deshalb letztendlich nicht auf der Seite der Bevölkerung, sondern ließen sie im Stich: So hatte Cerník kein Problem damit, sogar mit Militäreinsatz gegen die Massenproteste, die Jan Palach mit seiner Selbstverbrennung im Jänner 1969 ausgelöst hatte, zu drohen!

Aber nicht nur die Methodik, sondern auch das inhaltliche Programm der „Reformer“ war fragwürdig. Die Einführung von kapitalistischen Konkurrenzmechanismen unter gleichzeitiger Beibehaltung einer staatlichen Rahmenplanung stellte im Wesentlichen das wirtschaftliche Konzept der „Reformer“ dar, mit dem sie versuchten, die ökonomischen Probleme des Stalinismus zu lösen. Der wesentliche Punkt einer demokratischen sozialistischen Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, ist jedoch die Frage der demokratischen Struktur von unten nach oben und nicht die Frage von zentraler oder dezentraler Organisation. Die „Reformer“ stellten hingegen den gesamtgesellschaftlichen Plan in Frage, da er ihrer Meinung nach Schuld an der undemokratischen Wirtschaftsplanung sei. Sie versuchten daher die Betriebe auf eine ökonomisch unabhängige Basis zu stellen und wollten dadurch zu dem übergehen, was sie als einen „sozialistischen Markt“ bezeichneten. Die zentrale gesamtgesellschaftliche Planung sollte zugunsten selbstständiger, in Konkurrenz zueinander stehender, Betriebe aufgegeben werden. Gerade der gesamtgesellschaftliche Plan ist jedoch das Mittel um kapitalistisches Chaos und Ressourcenvergeudung durch Konkurrenz zu vermeiden.

Eine echte Alternative zum Stalinismus wäre nicht die Integration marktwirtschaftlicher Elemente gewesen, sondern der Übergang zu einem System, das von betrieblicher Ebene bis hin zur Erstellung des Gesamtplanes demokratisch von unten nach oben organisiert ist – ein System von Komitees, die aus gewählten, jederzeit abwählbaren Delegierten der ArbeiterInnen bestehen, die keinerlei Privilegien haben.

Die sowjetische Bürokratie sah, dass vor ihren Augen eine Massenbewegung entstand, die ihre Machtinteressen bedrohte. Es war die Angst vor einer politischen Revolution, die auch auf andere stalinistische Staaten übergreifen hätte können, die sie zur Interventionsentscheidung bewog. Denn die Bewegung in der ČSSR war ein revolutionärer Prozess. Früher oder später war es klar, dass die Entscheidung zur Intervention fallen würde. Für Menschen, die damals noch Illusionen in die sowjetische Bürokratie hatten, enthüllte die Niederschlagung der Reformbewegung das wahre Gesicht der Bürokratie und zeigte offen ihren Charakter.

Die „Reformer“ verloren die Kontrolle über die Bewegung in der Tschechoslowakei. Diese entfaltete immer mehr Eigendynamik und die Menschen stellten immer weitergehendere Forderungen und setzte die „Reformer“ enorm unter Druck. Dubček stand nie an der Spitze der Bewegung – auch wenn er sich so präsentierte –, sondern er war vielmehr ein Getriebener der Ereignisse. Die Bewegung in der Tschechoslowakei war der Beginn einer politischen Revolution – einer Revolution, die die undemokratischen Strukturen durch eine demokratische Wirtschaftsplanung durch die ArbeiterInnen ersetzt hätte. In der Tschechoslowakei war – wie in anderen antistalinistischen Bewegungen vor den 1980er-Jahren – die zentrale Frage für die Bevölkerung nicht die einer kapitalistischen Restauration. Vielmehr ging es um die Frage, wie die Planwirtschaft anders organisiert werden könne. Was jedoch in der ČSSR eindeutig fehlte war der subjektive Faktor: die revolutionäre Partei. Der „Prager Frühling“ ist in dieser Hinsicht ein Beispiel unter vielen für die Bedeutung der Führungen von Bewegungen. Denn obwohl die „Reformer“ die Bewegung zwar nicht kontrollieren konnten, leiteten sie sie in eine Sackgasse. Die Menschen waren nicht gegen die Planwirtschaft an sich, sondern für Demokratie in der Wirtschaftsplanung. Das Fehlen einer Führung, die die Interessen der Menschen bündelt und einen Plan zu ihrer Umsetzung hat, wirkte sich fatal aus. Was die ArbeiterInnen und Jugendlichen in der Tschechoslowakei gebraucht hätten, um den Sieg einer demokratischen Planwirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, zu erringen, wäre eine zielstrebige Führung gewesen, die die Bevölkerung mobilisiert, organisiert und politisch schult und eine internationale revolutionäre Perspektive und Strategie anbieten kann. Das ist eine zentrale – und auch heute noch gültige – Lehre aus den Ereignissen im Jahr 1968.

Interview mit Mirek Voslon

Mirek war 1968 als 20-jähriger Teil der Bewegung in der Tschechoslowakei. Mirek ist heute Mitglied der SAV, der deutschen Sektion des CWI.

Das Interview führte Nora Brandes

Was hast du 1968 in Prag gemacht?

Ich war Student der Mathematik-Physik-Fakultät der Karls-Universität. Mitglied der KPČ war ich nicht, nur formell Mitglied des Jugendverbandes, CSM. Aber ich war leidenschaftlich politisch interessiert. Alle waren es. Mein Vater war Mitglied des Zentralkomitees der KP. Er gehörte zu den InitiatorInnen der „Reformbewegung“ von oben. Seine Meinung hatte ein gewisses Gewicht, weil er vor dem Krieg Streikführer, dann Widerstandskämpfer gegen die Nazis war. Schon vor 1968 gehörte er einer informellen Oppositionsgruppe in der Partei an. 1969 wurde er ausgeschlossen.

Was erwarteten sich die Menschen vom Reformprozess?

Das Ende der Vormundschaft der Betonköpfe. Eine freie Debatte in der gesamten Gesellschaft um die Alternativen. Auch um die wirtschaftlichen. Die bürokratische Planwirtschaft steckte in der Krise. Die Partei hatte zwar schon 1960 den Sozialismus in der kleinen Tschechoslowakei für „aufgebaut“ erklärt. Wenig später musste Novotný (der erste Sekretär der Partei und Staatspräsident in einer Person) den „jubelnden Massen“ versprechen: „Fleisch wird es geben“. Denn in unserem „Sozialismus“ gab es öfters Fleisch nur unter dem Tisch. Volkswirtschaftler schätzten, dass die Industrie – dank der unsinnigen Planung – den Wert von zwei Jahresproduktionen auf Lager hatte, in Artikeln, die keinem Bedarf entsprachen.

Wir wollten auch Aufklärung der Verbrechen der Terrorherrschaft der 50er Jahre, und dass die Schergen zur Verantwortung gezogen werden. Die meisten Überlebenden des Massenterrors wurden nach 1956 zwar freigelassen. Die TäterInnen blieben aber an der Macht und veranstalteten die „Rehabilitation“ der Opfer so, dass an jedem Opfer ein wenig „Schuld“ kleben blieb. Die „Rehabilitationsfrage“ gab am Anfang den mächtigsten Antrieb der Bewegung. Nur ganz wenige wollten zurück zum Kapitalismus. Im Laufe des Frühlings 1968 konnten sich politische Organisationen bilden, und es gab auch pro-kapitalistische. Selbst sie konnten sich aber nicht die Wiederherstellung des Kapitalismus offen auf die Fahne schreiben. Damit hätten sie den Rest der Bewegung gegen sich gebracht, die eindeutig einen sozialistischen Charakter besaß.

In welcher Form wurden die Menschen politisch aktiv?

Der Kongress des SchriftstellerInnenverbandes am 2. Juni 1967 war der wahre Auftakt des „Frühlings“ 1968. Er bilanzierte die Jahre seit der bürokratisch durchgeführten sozialen Revolution von 1948. Ein sehr bekannter Schriftsteller und Journalist, Ludvík Vaculík, sagte: „In 20 Jahren wurde kein menschliches Problem gelöst.“ Dieser Paukenschlag hallte im ganzen Land wider. Am 30. Oktober fielen Licht und Heizung im StudentInnenwohnheim von Strahov in Prag aus. Die Studierenden demonstrierten in der Innenstadt mit Kerzen in der Hand und riefen: „Wir wollen Licht.“ Nicht nur das elektrische Licht, versteht sich: Licht in die Verhältnisse! Die Polizei verfolgte sie prügelnd bis in ihre Zimmer.

Welche Ausmaße nahm die politische Aktivität der Bevölkerung an?

Die herrschende Kaste war gespalten in „Progressive“ und „Konserven“. Das ZK (Zentralkomitee, Anm.) traf sich im Dezember zu einer Krisensitzung.

Am 5.1.1968 wurde Novotný, die Erzkonserve als Parteichef durch Dubček abgelöst. Mitglieder des ZK sollten die neue Politik der Offenheit der Basis erklären. Die meisten Betriebe hatten aber schon keine Lust, sich die Konserven noch einmal anzuhören. Als ReferentInnen waren „Progressive“ gefragt.

Die Bahn für eine Massenbewegung wurde frei. Viele traten in die KP ein, um die Erneuerung voranzutreiben. Das war alles mehr, als die „Reformer“ je vorausgesehen oder gar gewünscht hatten.

Wie organisierten sich die Menschen und spielte die nationale Frage eine Rolle?

Das große „regionale“ Problem und einer der Auslöser des „Frühlings“ war die Bevormundung der Slowakei durch die Parteispitze in Prag. Keiner strebte aber eine getrennte Lösung an, sondern eine Föderation.

Die tschechische und slowakische ArbeiterInnenklasse machte die Erneuerung der „kommunistischen“ (stalinistischen) Partei zum Kanal der Mobilisierung. Bei örtlichen und Bezirkskonferenzen der Partei wurde lautstark abgerechnet. Bis Ende März waren die alten BürokratInnen überall abgewählt und durch neue Leute ersetzt. Wer sich nicht zur „neuen Politik“ bekannte, hatte wenig Chancen. Erst nach dem Einmarsch gelang es der Bürokratie, die „Föderalisierung“ zur teilweisen nationalen Spaltung der Bewegung auszunutzen.

Gab es Ansätze für ArbeiterInnenselbstverwaltung in Betrieben?

Es formierten sich tatsächlich ArbeiterInnenräte in etlichen Betrieben. Das ist wenig bekannt. ArbeiterInnen wollten vorerst Einfluss auf Entscheidungen am Arbeitsplatz erlangen und Druck auf die Staatsführung ausüben, damit sie beim Demokratisierungskurs bleibt. Die Idee einer Räterepublik hatten nur wenige. Die Bewegung wurde von der militärischen Intervention am 21.8. unterbrochen, bevor die ArbeiterInnenklasse Gelegenheit hatte, über die Schranken des Programms des „Reformflügels“ der Partei hinauszuwachsen. Die politische Revolution wurde dann durch die so genannte „Normalisierung“ gestoppt. Aber es war eine politische Revolution. Die Antwort der Bürokratie auf die ArbeiterInnenräte war die Vorbereitung eines Gesetzes zur Beschränkung ihrer Rolle auf Beratung innerhalb des Betriebs. Die Drohgebärden der Kremlbürokratie gegen den gesamten Prozess prägten aber den Sommer 1968 und überschatteten die Diskussionen über die Räte. Auch die Gewerkschaften wurden von Grund auf erneuert. Die Lokführer gründeten sogar eine neue Gewerkschaft.

Welche Rolle spielten Studierende und Intellektuelle?

Die des Zünders, wie zur selben Zeit in Frankreich. Die revolutionäre Bewegung 1968-1974 war, bei einem Teil der Jugend sogar bewusst, ein internationales Aufbegehren der ArbeiterInnenklasse gegen die Heilige Allianz des Imperialismus und der stalinistischen Bürokratie. Deshalb hatte sie auch überall ähnliche Züge.

Wie wurde die Kritik der Sowjetunion in der Bevölkerung aufgenommen?

Mit Empörung und Unterstützung für Dubček - unter der Bedingung, dass er vom Kurs nicht abweicht. Moskaus Äußerungen kann man nicht als „Kri-

tik“ bezeichnen. Es waren Drohungen und militärische Vorbereitungen (unter dem Vorwand von „Manövern“) auf den Einmarsch.

Wie reagierten die Menschen auf den Einmarsch?

Vor allem Jugendliche gingen auf die Straßen und diskutierten mit den sowjetischen Soldaten. Viele Soldaten erfuhren erst dadurch, dass dies eine Bewegung für den Sozialismus war. Es gab einige Insubordinationsfälle (Befehlsverweigerung, Anm.), einige Soldaten bezahlten sie mit ihrem Leben. Auch etwa 100 DemonstrantInnen wurden erschossen. Das tschechische Radio sendete weiter, von Sendern der Armee aus, und rief zum passiven Widerstand auf. Überall wurden die Straßenschilder abgeschraubt, manche Einheiten der Invasoren irrten orientierungslos herum.

Die ArbeiterInnenklasse wartete in den Betrieben auf das Signal ihrer Partei, der erneuerten KPČ, zum Generalstreik. Die internationale Lage war günstig für den Widerstand. Aber es kam nichts.

Delegierte des außerordentlichen 14. Parteitags der KPČ waren gewählt. Er kam am 22.8 zusammen, unter dem Schutz der ArbeiterInnen des großen metallverarbeitenden Betriebs ČKD in Prag-Vysočany. Er verurteilte die Invasion, verlangte den Rückzug der Truppen und die Rückkehr von Dubček und seinen GenossInnen, die in der Nacht vom 20. auf den 21. nach Moskau zu „Verhandlungen“ verschleppt worden waren.

Die Mehrheit der KommunistInnen brach mit der Kremlbürokratie. Von der alten kreml-treuen KPČ blieb nur ein kleiner, verhasster, und vorerst desorganisierter, Rest. Unter dem alten Namen „KPČ“ entstand de facto eine neue Massenpartei. Es war aber eine große historische Lektion: der Bruch mit der Bürokratie allein macht noch keine gültige Führung der ArbeiterInnenklasse. Diese Partei hatte Angst vor der Verantwortung, den Widerstand zu führen. Für so etwas wird eine revolutionäre, internationale Führung benötigt, und die entsteht nicht von einem Tag auf den anderen. Die Partei des 14. Parteitag konnte weder mit der stalinistischen Deformation des Marxismus abrechnen, noch die bürokratischen Gewohnheiten der alten KPČ und ihrer Kader ablegen.

Wie siehst du den 14. Parteitag?

Dieser Parteitag war nur die Spitze einer ungeheuren Bewegung der kommunistischen Basis, deren Erwartungen er teils erfüllte (Verurteilung der Invasion und Forderung der Rückkehr von Dubček und seinen GenossInnen), teils enttäuschte (keine Organisierung des Widerstands, kein Generalstreik, Bereitschaft zur Kooperation mit den „Normalisatoren“ Dubček, Smrkovský und Husák nach ihrer Rückkehr aus Moskau, Selbstaflösung durch Kooptation von Teilen des neuen ZK in das „alte“).

Den tiefen Bruch mit der Kremlbürokratie machte die Basis und, über sie hinaus, die ArbeiterInnenklasse. Der Parteitag war nur ein relativ zahmer Ausdruck davon, aber eben doch Ausdruck. Der krasse Widerspruch zwischen der revolutionären Art und Weise, den Parteitag einzuberufen und zu organisieren einerseits, und seinem brav reformistischen Verlauf andererseits, ist bezeichnend für die sich entwickelnde Gegensätzlichkeit zwischen der Basis und

der von ihr nur wenige Wochen zuvor gewählten Vertretung. Die Kader einer Revolution entstehen aber nicht über Nacht.

Wie charakterisierst Du die „Reformer“?

Die „Reformer“ waren ein Flügel der Bürokratie, sie waren Stalinisten in ihren ganzen Ansichten und Gewohnheiten. Sie blieben es, selbst nach dem die Ereignisse einen großen Teil von ihnen gezwungen hatten, „weiter [zu] gehen [...] als ihnen selbst lieb“ war (wie das Übergangsprogramm von Leo Trotzki sagt) - bis zum Bruch mit Moskau.

Im Gegensatz dazu gab es unter den Studenten (vor allem an der Fakultät der Philosophie) es sehr wohl eine beachtliche extreme Linke, die z.B. bewusst an die Bewegungen in Frankreich anknüpfte.

Wie schätzt du die Stimmung in der Bevölkerung nach Dubčeks Rückkehr aus Moskau ein?

Dubček und Smrkovský versprachen mit Tränen in den Augen, die „Politik nach Januar“ fortzusetzen. Sie hatten aber in Moskau ein geheimes Protokoll der „Normalisierung“ unterzeichnet. Der Schlüssel war die rückgängig-Machung des 14. Parteitags.

Nach und nach wurde der Inhalt des Moskauer Diktats bekannt und damit auch die Rolle Dubčeks, der es ein Jahr lang ausführte.

Am ersten Jahrestag des 21.8. gab es spontane unorganisierte Demonstrationen von Jugendlichen. Danach gab es Repression, außerordentliche Gerichte. Das Dekret trug Dubčeks Unterschrift...

Wie hat sich das Bewusstsein der Menschen durch die „Normalisierung“ verändert?

Damit alles wieder stalinistisch „normal“ wird, mussten erst hunderttausende aus der Partei ausgeschlossen werden und mit Berufsverbot belegt werden, dutzende ins Gefängnis wandern. Das Verhältnis zum Sozialismus hat großen Schaden genommen. Die Kremlbürokratie erwies sich als die größte antisozialistische Kraft.

Welche Konsequenzen hast Du persönlich gezogen?

Ich ging nach Frankreich, wo ich noch die „Nachwehen“ des „Mai“ erlebte. Bald (1970) schloss ich mich dem Komitee der Kommunisten-Trotzkisten beim Internationalen Komitee für den Wiederaufbau der IV. Internationale an. Wir haben erkannt, dass nur die von Trotzki gegründete IV. Internationale fähig war, den Erfahrungen der realen politischen Revolution Rechnung zu tragen. Wir sahen aber sehr schnell, wie tief die Krise der IV. war.

Warum bist Du heute politisch aktiv?

Im Wesentlichen: Das Problem eines ganzen Jahrhunderts, die Krise (heute sogar das Fehlen) der Führung der Klasse, bleibt zu lösen.

KPÖ: Kehrtwende und zurück

Sonja Grusch

Der „Prager Frühling“ und die militärische Intervention der „Bruderstaaten“ hatten auch in Österreich politische Auswirkungen und politische „Opfer“.

Die KPÖ verlor nicht nur Ansehen und Unterstützung, sondern auch ihre Jugendorganisation sowie ihre Gewerkschaftsfraktion.

1965 hatte die KPÖ auf ihrem 19. Parteitag einen Kurswechsel vorgenommen. In den Parteimedien „Volksstimme“, „Weg und Ziel“ und „Tagebuch“ wurde die Debatte breit und auch kontroversiell geführt. Rund 1700 Mitglieder beteiligten sich – im Zeitraum mehrerer Jahre – in schriftlicher Form an dieser Debatte. Stalinistische Dogmen und die „Unfehlbarkeit“ der KPdSU wurden hinterfragt und neue Grundsätze formuliert. Es fand eine inhaltliche Öffnung der Partei statt, bei der es nicht darum ging, sozialistische Grundsätze über Bord zu werfen. Natürlich fanden sich auch Positionen, die versuchten unter dem Motto „Anti-Dogmatismus“ das Kind mit dem Bade auszuschütten. Aber Vielen ging es eher darum, eben jene sozialistischen Ideen aus der stalinistischen Umklammerung zu lösen.

In diese Periode der Öffnung fielen auch die Ereignisse in der Tschechoslowakei, die von großen Teilen der KPÖ und auch den Gremien positiv beurteilt und unterstützt wurden. Das im April 1968 vom Zentralkomitee (ZK) der KPČ verfasste Aktionsprogramm wurde von der KPÖ herausgegeben. Im Vorwort schrieb der damalige Parteivorsitzende Franz Muhri: „Der Leser ... wird im Aktionsprogramm der KPTsch zahlreiche mit unseren Auffassungen über Demokratie und Freiheit verwandte Gedanken finden. Dies gilt vor allem für die Grundidee, dass es keinen Weg zum Sozialismus ohne breiteste Entfaltung der Demokratie für die Werktätigen geben kann...“ Der Einmarsch in der Tschechoslowakei wurde vom ZK der KPÖ ursprünglich „missbilligt“ und „verurteilt“. Muhri erklärte im Radio, dass der Einmarsch ein „Schaden für die ganze kommunistische Bewegung“ sei. Diese Position wurde v.a. von den jüngeren Parteimitgliedern und von kommunistischen BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen unterstützt.

Für die Sowjetunion war dieses „Aufmucken“ der KPÖ unangenehm. Zwar war die KPÖ mitgliedermässig kein wesentlicher Faktor im Reigen der KPn, aber als unmittelbares Nachbarland, in einem neutralen Land kam ihr doch in der Öffentlichkeit eine gewisse Bedeutung zu. Von Seiten der Sowjetunion wurde daher gemeinsam mit u.a. DDR-VertreterInnen der Druck auf die KPÖ erhöht. Die „Moskauer Erklärung“ wurde dann auch von Teilen der Parteiführung, darunter auch Muhri, genutzt um zu beginnen, die ursprüngliche Position zu revidieren. Für den vollständigen Kurswechsel und die Säuberung der Partei brauchte es dann aber noch zwei Parteitage und mehrere Jahre. Das Verständnis der Bürokratie wird u.a. darin deutlich, dass die KPdSU kritisierte, dass „der Frage der ČSSR (am 20. Parteitag 1969, Anm.) zuviel Platz eingeräumt wird.“ Tatsächlich standen auf dem 20. und dann auch noch auf dem 21. Parteitag 1970 die Position zum Einmarsch, aber v.a. auch die Frage der inhaltlichen Öffnung nach dem 19. Parteitag im Zentrum. Wie so oft in bürokratischen Organisationen wurden inhaltliche Differenzen nur bedingt offen angesprochen, sondern lieber mittels Streichorgien bei den parteiinternen Wahlen „gelöst“. Mit Argumenten wie „Parteidisziplin“ und „Treue zur

Sowjetunion“ wurde versucht, KritikerInnen des Einmarschs mundtot zu machen. 1970 hatten dann die VertreterInnen der moskautreuen Linie das Ruder wieder an sich gerissen. Die führenden Gremien wurden weitgehend von KritikerInnen gesäubert und die offene Debatte in den Parteimedien beendet. Da die Jugendorganisation (damals die „Freie Österreichische Jugend“ – FÖJ) und die Gewerkschaftsfraktion (damals „Gewerkschaftliche Einheit“ – GE) formal eigenständige Strukturen waren konnten sie nicht einfach gesäubert und „auf Linie“ gebracht werden. Daher entschloss sich die Parteiführung kurzerhand dazu, eine neue Jugendorganisation und eine neue Gewerkschaftsfraktion zu gründen. Als Folge verlor die KPÖ einen Großteil ihrer Jugend und ihrer BetriebsrätInnen.

Am 11. März 1971, nach einem Besuch einer KP-Delegation mit u.a. Muhri in Prag, beschloss das ZK der KPÖ: „Die österreichischen Kommunisten anerkennen, dass die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder der KPČ und der sozialistischen Tschechoslowakei eine große Hilfe bei der Überwindung der Krise und der Abwehr der revisionistischen und antisozialistischen Kräfte geleistet haben.“ Das bedeutete eine Kehrtwende um 180 Grad zur ursprünglichen Position.

Murhi, Fürnberg und andere hatten ihre Positionen in der Partei dank ihres letztlich moskautreuen Kurses behalten. Die KPÖ verlor durch die parteiinternen Säuberungen und ihren politischen Schwenk ihre Jugendorganisation, ihre Gewerkschaftsfraktion und mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder (1968: 32.000, 1973: 20.000 – darunter nur 6,6% die jünger als 30 waren, dafür aber 69%, die älter als 50 waren).

Die Ausgeschlossenen haben die Chance, eine antistalinistische, sozialistische Organisation aufzubauen, nicht wirklich genutzt. Die FÖJ bestand zwar noch einige Jahre als „Bewegung für Sozialismus“ – BfS fort, aber es gab keinen Versuch, KommunistInnen in der KPÖ anzusprechen, keinen Zusammenschluss mit den damals starken SozialistInnen im ehemals sozialdemokratischen VSM und anderen linken AktivistInnen. Insbesondere das Fehlen einer internationalen Perspektive hat dann letztlich auch dazu geführt, dass die damaligen AktivistInnen sich teilweise ins Privatleben zurückgezogen haben bzw. viele letztlich in grünen Strukturen aufgegangen sind.

Was ist Stalinismus?

Laura Rafetseder

Sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Staaten des „Ostblocks“ inklusive der Tschechoslowakei waren stalinistische Staaten – oder mit einem Spezialbegriff: „deformierte ArbeiterInnenstaaten“. Was ist damit gemeint? „Stalinistische“ Staaten charakterisieren sich dadurch, dass zwar eine geplante Wirtschaft existiert hat und der Kapitalismus abgeschafft war – daher „ArbeiterInnenstaat“ – allerdings wurden Wirtschaft und Gesellschaft völlig undemokratisch von einer abgehobenen Schicht privilegierter BürokratInnen gelenkt – daher „deformiert“. Bereits vor der Wiedereinführung des Kapitalismus hat die Bürokratie viele Errungenschaften, die durch die Oktoberrevolution 1917 erstmals durchgesetzt wurden (ArbeiterInnendemokratie, Emanzipation, große Einkommensgleichheit) wieder rückgängig gemacht. Die Sowjets, die zu Beginn demokratisches Organ der ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung waren, wurden nur noch zum Schein aufrechterhalten. Auch in den anderen, später unter Einfluss der Sowjetunion entstandenen, stalinistischen Staaten fehlte die ArbeiterInnendemokratie. Der Stalinismus war nicht die logische Fortsetzung der russischen Revolution, bzw. sozialistischer Ideen und Bestrebungen, sondern das Gegenteil davon. Denn durch die Beseitigung gesellschaftlichen Mangels wird der Staat in einer wirklich sozialistischen bzw. kommunistischen Gesellschaft absterben – aber genau das Gegenteil war der Fall, der Staatsapparat wucherte und wuchs in Form der stalinistischen Bürokratie.

Tatsache ist, dass der von Stalin propagierte „Sozialismus in einem Land“ nicht möglich ist. Der Kapitalismus hat durch die weltweite Arbeitsteilung einen Weltmarkt geschaffen. Die Bolschewiki, allen voran Lenin und Trotzki, hatten deshalb von Beginn an die Perspektive, dass ihre Revolution nur Bestand haben könnte, wenn sie sich international ausweitet. Nur so wäre eine Beseitigung von Mangel und Not möglich gewesen. Auf Basis der Mangelsituation, der Zerstörung durch den Bürgerkrieg und der Rückständigkeit Russlands konnte sich die Bürokratie – die eine kleine Schicht an der Spitze von Staat und Partei war – die Macht sichern. Ihre Politik war in der Folge auf Machterhalt ausgerichtet. Sie hat dabei zwischen den ArbeiterInnen im Inneren und dem Imperialismus außen balanciert, um diese Macht zu halten. Das ist auch eine Erklärung für Stalins Außenpolitik: Die Bürokratie wollte erfolgreiche sozialistische Revolutionen um jeden Preis verhindern, weil das auch im eigenen Land Auswirkungen gehabt hätte. Aufstände und eine politische Revolution hätten in diesem Fall gedroht. Gleichzeitig betrieb die Bürokratie Machtpolitik gegenüber den USA und dem Imperialismus um das eigene Überleben zu sichern.

In der Zeit gegen Ende und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in den verschiedensten Ländern revolutionäre Bewegungen. Indem sie diese Bewegungen unter ihre Kontrolle brachte, hat die Bürokratie entweder diese Bewegungen von einer siegreichen Revolution abgehalten oder, wenn das nicht möglich war, in den neu entstandenen ArbeiterInnenstaaten jegliche Ansätze für ArbeiterInnendemokratie im Keim erstickt und teilweise brutal unterdrückt. Gleichzeitig ging es in Teilen Osteuropas nach 1945 um Machtkämpfe Moskaus mit den USA – vor allem der Marshallplan wurde von Stalin als Bedrohung gesehen. Die Gebiete, die von der Roten Armee besetzt waren,

wurden daher auf Anweisung der Bürokratie in die Einflussosphäre Moskaus eingegliedert. Dabei gab es Staaten, in denen der Sturz des Kapitalismus stärker von unten getragen wurde, und Länder, in denen Planwirtschaft und Stalinismus ziemlich von oben herab durch das Eingreifen der Roten Armee aufgestülpt wurden. Alle diese Staaten wurden von der Bürokratie aber auf das Modell der stalinistischen Diktatur in Moskau getrimmt.

In der Tschechoslowakei spielten beide Elemente eine Rolle: Es gab nach 1945 einen gewissen Druck von unten bzw. eine Bewegung, die stärker war als in anderen osteuropäischen Ländern. Allerdings spielte die Machtpolitik Stalins gegen den Marshallplan auch eine wichtige Rolle. In der Tschechoslowakei hatte die KPČ (Kommunistische Partei) unter Klement Gottwald zu diesem Zeitpunkt Massenunterstützung. Bei den letzten freien Wahlen 1946 erhielt sie 40 Prozent – 1920 war bei der Spaltung der Sozialdemokratie eine Mehrheit mit der KP gegangen. Dazu kommt, dass die Rote Armee als Befreier vom Joch des Nationalsozialismus gesehen wurde. Die KP hatte vor am Marshallplan teilzunehmen und nahm sogar an einem Treffen mit England und Frankreich teil. Sie wich damit von der Linie Moskaus ab – für die sowjetische Bürokratie, die sich 1947 gegen den Marshallplan wandte, inakzeptabel. Sie sah den Marshallplan als Bedrohung, weil er die Festigung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Abhängigkeit der betroffenen Staaten von den USA zum Ziel hatte. Vor 1947 hatte die KPČ gegenüber Moskau gewissen Spielraum. Die Rote Armee war 1945 abgezogen. Die KPČ nahm 1945 an der Regierungskoalition der „Nationalen Front“ teil, einer Art Volksfrontregierung aus allen Parteien die nicht am NS-Faschismus beteiligt gewesen waren, auch prokapitalistischen. Dabei gab es erste Schritte in Richtung Verstaatlichung der Schlüsselindustrie – die zwar von oben herab umgesetzt wurden (auch weil wie in Österreich starkes nationales Kapital fehlte) die aber auch den Druck der ArbeiterInnen auf die Regierung widerspiegelte. Bereits in der Zusammenbruchphase des NS-Regimes gab es tausende von Betriebsräte-Strukturen die die Produktion übernahmen und kontrollierten. Dem damaligen Industrieminister zufolge regte sich 1947 ohne Zustimmung der Betriebsräte in der Industrie „keine Maus“. Zur selben Zeit verkündete die KPČ den „tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus“ und entwarf einen 5-Jahres-Plan für die industrielle Produktion (mit dem Resultat eines 110%-Wachstums gegen über 1937). 1948 waren 2/3 der Industrieproduktion und der gesamte Finanzsektor verstaatlicht und Teil eines Wirtschaftsplans. Die Verstaatlichung bedeutete aber nicht die Kontrolle und Verwaltung durch die Betriebsrats-Strukturen, sondern im Gegenteil ihre Entmachtung und die Festigung des Staatsapparates. Die KPČ-geführte Regierung beschloss am 7.7. 1947 die Teilnahme am Marshallplan. Stalin drohte der KPČ mit Entzug der Unterstützung durch die Sowjetunion. Da ein Bruch mit der Sowjetunion vermutlich ein Aufbegehren der ArbeiterInnenklasse in der Tschechoslowakei bedeutet hätte, war das für die Regierung keine Option. Die KPČ-geführte Regierung lehnte daraufhin den Marshallplan ab, unterzeichnete einen 5-Jahres-Handelsvertrag mit Sowjetunion und wurde in deren Wirtschaftsblock eingegliedert. Die Abhängigkeit der Tschechoslowakei von Moskau war damit besiegt.

Nach 1948 spitzte sich die Situation zu: Die SP (Sozialdemokratie) wurde aufgelöst und mit der KPČ vereint. Dabei kam es zur Auseinandersetzung innerhalb der Regierung der Nationalen Front: Die Minister der übrigen Regierungsparteien drohten mit Rücktritt um die Regierung zu stürzen, die KPČ ging darauf aber nicht ein und führte die Regierung alleine fort. Mit dem Argument, dass eine „Gefahr der Reaktion durch das Ausland“ herrsche, mobilisierte sie die Massen. ArbeiterInnenmilizen wurden bewaffnet, Aktionskomitees gebildet, Demonstrationen und ein Generalstreik fanden statt. Die Komitees waren zwar nicht selbstverwaltet – der Bürokratie ging es darum den ArbeiterInnen ein Gefühl von Selbstverwaltung und Stärke zu geben, um sie Dampf ablassen zu lassen – allerdings spiegelten sie die Kampfschlossenheit und Wünsche der ArbeiterInnenklasse wieder. Am 30. Mai 1948 errang die KPČ bei den Wahlen die Mehrheit von 300 Mandaten. Aber wieder hatte die Bürokratie die ArbeiterInnen nur benutzt – es folgte eine Stalinisierung nach Vorbild der Sowjetunion, von der Roten Armee überwacht. 1951 kam es zu einer Welle von Säuberungen, die radikaler waren und länger anhielten als in anderen stalinistischen Staaten – und auch nach Stalins Tod fortgesetzt wurden. Es herrschte ein Regime von Furcht, als 1953 Antonín Novotný KPČ- und Staatschef wurde. Auf Stalins Tod folgte nicht, wie in anderen Ländern, eine „Entstalinisierung“ mit begrenzten Reformen, sondern das Regime war extrem unflexibel und hemmte jedes Potential der geplanten Wirtschaft. Das drückte sich auch in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei aus – da die Wirtschaft sehr bürokratisch geplant wurde und alle Spuren von ArbeiterInnendemokratie im Keim erstickt wurden. Die Wachstumsraten von 1962-65 waren extrem niedrig: 1%, -2%, 1%. 1960 wurde per Verfassung die „sozialistische Republik“ ausgerufen – fern aller Wirklichkeit.

Die Entwicklungen 1968 in der Tschechoslowakei waren Ausdruck der angespannten wirtschaftlichen Situation und der damit verbundenen Ratlosigkeit der Bürokratie, sowie der scharfen Repression durch das Regime in den 50er Jahren. Sie zeigten aber auch die potentielle Instabilität der stalinistischen Regimes. Trotzki hat daraufhin gewiesen, dass der Stalinismus einer Kugel auf der Spitze eines Kegels gleicht. Sie kann entweder nach vorne (in Richtung Sozialismus durch eine politische Revolution) oder nach hinten (in Richtung Kapitalismus – so geschehen mit dem Zusammenbruch des Stalinismus) rollen. In Prag 1968 war die Kugel wie auch in Ungarn 1956 am Kippen – und konnte nur durch das Fehlen einer revolutionären Partei daran gehindert werden, nach vorne zu rollen.

Sozialistisch, kämpferisch und international!

Verschüttete (?) Traditionen der Arbeiter-
Innenbewegung in der Tschechoslowakei
vor dem Zweiten Weltkrieg.

John Evers

Internationalität, hoher Organisationsgrad und ausgeprägte sozialistische Dominanz – mit diesen Schlagworten kann ein kurzer Abriss zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in der Tschechoslowakei bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs zusammengefasst werden.

Wurzeln: Eine der stärksten ArbeiterInnen-Bewegungen der Welt

In der Donaumonarchie gehörten die böhmischen Länder (Böhmen, Mähren, Schlesien) und die Slowakei nicht nur zu jeweils verschiedenen Reichsteilen („Österreich“, bzw. „Ungarn“). Sie nahmen auch im 19. Jahrhundert eine unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Während die Slowakei eine Agrarregion blieb, entwickelte sich v.a. Böhmen zum industriellen Zentrum des gesamten Habsburgerstaates und damit auch zu einem Hauptzentrum des Proletariats und seiner Bewegungen in der Monarchie. Eine Besonderheit war und blieb aber die Existenz von zwei nationalen Gruppen – TschechInnen und Deutsche - in diesem Raum. Komplizierend kam hinzu, dass die nationale Zugehörigkeit und die soziale Hierarchie zumindest historisch eng verknüpft gewesen waren: Deutsche Adelige standen lange einem tschechischen Volk von überwiegend „kleinen Leuten“ gegenüber. Auch in der modernen ArbeiterInnenschaft und -bewegung entwickelten TschechInnen und Deutsche unterschiedliche Strukturen, die aber durch ihr gemeinsames Bekenntnis zum internationalen Sozialismus lange Zeit eng kooperierten, sowie gemeinsame Aktions- und Organisationsformen entwickelten. Um die Jahrhundertwende bildeten etwa „international“ geführte Streiks der Textil- und BergarbeiterInnen in Böhmen und Mähren ein echtes „Gegenprogramm“ zum nationalen Hader der bürgerlichen Kräfte. Besonders bemerkenswert stellte sich schließlich die organisatorische Stärke sozialistischer Strömungen vor dem ersten Weltkrieg dar: Die tschechische Sozialdemokratie erreichte etwa bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht (1907) nicht weniger als 38 % der abgegebenen Stimmen der eigenen Nationalität. Sie war damit die verhältnismäßig stärkste sozialistische Partei der Welt! Ebenso besonders war, dass sich radikalere und kritische Strömungen innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung stark auf diesen geographischen Raum konzentrierten. In der deutschösterreichischen Sozialdemokratie war dies vor allem die „Reichenberger Linke“ um Josef Strasser, in der tschechischen Partei noch wesentlich stärkere Strömungen, die nationalistische Anpassungen kritisierte(n) und nach dem ersten Weltkrieg zum Ausgangspunkt der Neuformierung als kommunistische Partei(en) wurde(n).

Die Gründung der ersten tschechoslowakischen Republik und die Neuformierung der ArbeiterInnenbewegung 1918-1923

Die Bildung der Tschechoslowakei selbst war ein Ergebnis des Ersten Weltkriegs. Auf der Basis des Zerfalls des überkommenen Habsburgerstaates, wur-

den im gesamten zentraleuropäischen Raum neue Nationalstaaten geschaffen. Dieser Prozess war aber ebenso Teil einer bewussten Strategie der westlichen Alliierten, bzw. wurde von diesen machtpolitisch genutzt. Vor allem die Ausweitung der Oktoberrevolution sollte durch die Unterstützung für die Wünsche der vergleichsweise jungen, bürgerlichen Nationalbewegungen – wie jener der TschechInnen – eingedämmt werden. Die Bruchlinien gingen hier freilich – weiter – mitten durch die tschechische Gesellschaft: Schon die Gründung der Tschechoslowakei (24.10.1918) wurde von Generalstreiks (für eine sozialistische Republik, 14.10.1918) untermalt. 1919 folgten Ansätze die ungarische Revolution durch Bildung einer slowakischen Räterepublik auf Zentraleuropa auszudehnen. Selbst im russischen Bürgerkrieg kämpften tschechische Einheiten auf beiden Seiten – für und gegen die Revolution. Auch die Jahre 1920-1923 waren geprägt von sozialen Kämpfen, Solidaritätsaktionen für die Sowjetunion und das kämpfende deutsche Proletariat. Den Höhepunkt der Entwicklungen bildeten allerdings bereits die Jahre 1920/21: Nachdem die marxistische Linke die Mehrheit in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie übernommen hatte (Deren reformistische Strömung hatte sich bereits 1918 für den Regierungseintritt entschieden), scheiterte ein politischer Generalstreik im Dezember 1920. In der Folge konnte sich die bürgerliche Republik für ein Jahrzehnt konsolidieren. 1921 bedeutete allerdings der „Vereinigungsparteitag“ der KPC auch die hoffnungsvolle Bildung der einzigen multinationalen Partei in diesem Staat, der 15 Jahre später nicht zuletzt (auch) an seiner ungelösten nationalen Frage scheitern sollte.

Stärke und Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung bis zum Ende der Tschechoslowakei 1939 – einige Aspekte

Gegenüber 350.000 Mitgliedern (1921) für die KPC stellte die Sozialdemokratie unter TschechInnen nur mehr eine Restgröße dar. Etwas anders gelagert war die Situation der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei die zunächst zwischen Anpassung und (national gefärbter) Opposition gegenüber dem neuen Staat schwankte und bis zum Ende der 1920er Jahre die stärkste „nationale“ Partei der deutschen Minderheit blieb. Im Gegensatz zu ihren Nachbarländern, war die Tschechoslowakei zunächst zwar ein Staat der ökonomisch relativ gut „funktionierte“ und über vergleichsweise hohe innere Stabilität verfügte. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise trafen die Republik allerdings in den 1930er Jahren hart (1930-1934: minus 60 % in der Industrieproduktion) und vor allem überproportional die (Export-)Industrien und (älteren Industrie-)Regionen in denen vorwiegend Angehörige der deutschen Minderheit beschäftigt waren. Obwohl z.B. 1932 in der deutsch geprägten Bergbauregion um Brüx/Most (Nord-Westböhmen) der größte Streik Europas während der Weltwirtschaftskrise durchgeführt werden konnte, stieg der Einfluss deutscher FaschistInnen in den 1930ern kontinuierlich. 1935 vereinte hier Henleins „Sudetendeutsche Partei“ bereits 44 von 75 „deutschen“ Mandaten auf sich (die kommunistischen Ergebnisse unter deutschen WählerInnen

sind hier allerdings nicht eingerechnet, da die KP, wie schon angedeutet, als einzige Partei „international“ – und nicht als explizit tschechische und/oder deutsche Partei - antrat). Zum einen waren inzwischen praktisch sämtliche deutsch-bürgerliche Kräfte unter Henleins Fahnen vereint. Zum andern hatte allerdings sowohl die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, wie die KPC in der Zwischenzeit auf eine klar positive Haltung gegenüber dem bestehenden (bürgerlichen) tschechoslowakischen Staat eingeschwenkt. Das war letztlich eine in jeder Hinsicht defensive Haltung, die es den (deutschen und zum Teil slowakischen) Faschisten objektiv erleichterte sich als Alternative und Ausweg aus der Krise (durch Anschluss an das Reich, bzw. Bildung eines eigenen slowakischen Staates) darzustellen. Obwohl die entscheidenden Anstöße für die Zerschlagung der Tschechoslowakei von außen erfolgten, kann nicht ausgeblendet werden, dass die eigentlichen Träger dieses Staates einen gemeinsamen „nationalen“ Abwehrkampf mit der deutschen, bzw. kommunistischen ArbeiterInnenbewegung gar nicht führen wollten: So waren etwa bewaffnete Demonstrationen deutscher AntifaschistInnen verboten; obwohl sich diese als „Republikanische Wehr“ deklarierten. Und trotz Massendemonstrationen wurde letztlich nicht nur das „Münchener Abkommen“ 1938 (Abtrennung der Sudetengebiete an das Reich) kampflos durchgeführt. Den tschechoslowakischen „Reststaat“ („2. Republik 1938/1939) dominierten autoritäre, bzw. (in der Slowakei) katholisch-separatistische Kräfte. Bereits vor dem Einmarsch der Wehrmacht verboten diese die KPC, wesentliche politische Akteure dieser zweiten, tschechoslowakischen Republik kollaborierten in der Folge mit den Nazis.

Schlussbemerkung

Obwohl in diesem Abriss z.B. nicht auf die komplexen Kapitel Widerstand und Vertreibung im/nach dem Krieg eingegangen werden kann, soll auf einen weiteren Aspekt noch hingewiesen werden: Die Tschechoslowakei war in den 1930er Jahren Fluchtpunkt zahlreicher deutscher und österreichischer AntifaschistInnen, die hier von ihren jeweiligen GenossInnen zumeist mit offenen Armen empfangen wurden. Reichenberg, Prag und (für Österreich v.a.) Brünn waren Zentren des sozialdemokratischen und kommunistischen Exils; nicht zuletzt wurde etwa die „Arbeiterzeitung“ der illegalen Revolutionären Sozialisten in der mährischen Metropole produziert und von dort aus nach Österreich geschmuggelt...

Zeittafel

zusammengestellt von Nora Brandes

Novotný regiert als 1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK, seit 1953) und Staatspräsident (seit 1957)

50er-Jahre: Schauprozesse und Säuberungswellen, u. a. 1954 der Schauprozess gegen den „slowakischen bürgerlichen Nationalismus“

1967

27.-29. Juni: 4. Kongress der tschechoslowakischen SchriftstellerInnen kritisiert das Novotný-Regime. Daraufhin werden vier Hauptakteure des Kongresses aus der KP ausgeschlossen und die Zeitung der SchriftstellerInnen „Literární noviny“ unter staatliche Kontrolle gestellt. Der Konflikt zwischen Intellektuellen und Parteiführung setzt sich jedoch fort.

Oktober: Studierendenproteste gegen das Regime werden brutal niedergeschlagen

8. Dezember: Breschnew besucht auf Einladung Novotnýs, der um seine Absetzung fürchtet, Prag. Breschnew ist überzeugt, dass es sich um einen einfachen Konflikt zwischen tschechischer und slowakischer KP handelt und will sich nicht einmischen.

1968

6. Jänner: Novotný wird von den Reformern zum Rücktritt als 1. Sekretär des ZK gezwungen. Dubček tritt an seine Stelle. Auch ein Putschversuch von Novotný-treuen Offizieren kann das nicht verhindern.

24. Jänner: Der SchriftstellerInnenverband wird ermächtigt eine neue Zeitschrift unter dem Namen „Literární Listy“ herauszugeben.

8. Februar: Bekanntgabe des „Aktionsprogramms“ der KPCĚ (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) durch das Präsidium.

6. März: Das ZK reduziert seine Zensurgewalt.

12. März: Miroslav Pastyřík, der Vorsitzende der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft (ROH) muss aufgrund der massiven Kritik an seiner Rolle im Stalinismus und Mitverantwortung an der Gewerkschaftsdeformation zurücktreten.

21. März: Novotný muss aufgrund des Drucks der Bevölkerung als Staatspräsident zurücktreten.

21.-22. März: Auf der Plenartagung der „tschechoslowakischen revolutionären Gewerkschaftsbewegung“ (ROH) wird die Gewerkschaftsführung für ihre

Rolle unter dem Novotný-Regime und ihre Abgehobenheit von vielen ArbeiterInnen kritisiert. Es sind die heftigsten Diskussionen seit 1945.

23. März: Dresdner Konferenz: Bildung der Anti-Reform-Allianz der „fünf Bruderstaaten“ (Sowjetunion, Polen, DDR, Ungarn, Bulgarien), die die Ereignisse in der ČSSR als „konterrevolutionär“ kritisiert.

30. März: Das ZK wählt in geheimer Wahl Svoboda zum Präsidenten.

4. April: Cerník wird beauftragt eine neue Regierung zu bilden.

11. April: Die „Prawda“ kritisiert die „antisozialistischen Elemente“ der KPČ. Beginn einer Hetzkampagne der sowjetischen Presse gegen die ČSSR

18. April: Smrkovský wird zum Parlamentspräsidenten gewählt.

4. Mai: Die Reformer müssen sich bei bilateralen Verhandlungen mit Moskau erneut gegen den Vorwurf der „Konterrevolution“ rechtfertigen.

8. Mai: Blitztreffen der „Fünf“, einziger Tagesordnungspunkt: die Lage in der ČSSR

30. Mai: Das ZK schließt Novotný aus der KPČ aus.

30. Mai: Daraufhin rücken sowjetische Stabseinheiten zu „Manövern“ in die ČSSR an.

24. Juni: Erlass eines Gesetzes zur Vorbereitung der Föderalisierung der ČSSR

27. Juni: Veröffentlichung des „Manifests der 2000 Worte“ des Schriftstellers Ludvík Vaculík in der „Literární Listy“ und anderen Zeitungen, das von 70 Prominenten unterschrieben ist und vom Großteil der Bevölkerung unterstützt wird. Die Reformer distanzieren sich vom „radikalen Tonfall“ und den „überzogenen Forderungen“ des Manifests.

29. Juni: Abschaffung der Zensur durch das Parlament

30. Juni: Trotz offizieller Beendigung der Manöver verlassen die sowjetischen Stabseinheiten die ČSSR nicht.

14. Juli: Warschauer Konferenz der „Fünf“: Im „Warschauer Brief“ drücken sie ihre Besorgnis über die Lage in der ČSSR aus und kritisieren die KPČ. Die ČSSR weist die Vorwürfe zurück.

26. Juli: In allen zentralen Tageszeitungen wird der, vom Schriftsteller Pavel Kohout verfasste „Aufruf der Bürger an das Präsidium“ mit ca. 1 Mio. Unter-

schriften veröffentlicht, der die Reformer auffordert bei den Verhandlungen in Cierná nad Tisu „ohne Rückzüge den Weg, auf den wir uns begaben und von dem wir nicht lebendig abweichen werden“ zu verteidigen.

29.-31. Juli: Sowjetisch-tschechoslowakische Verhandlungen im ukrainisch-slowakischen Grenzort Cierná nad Tisu. Die Reformer machen massive Zugeständnisse an Moskau, die Ergebnisse werden geheimgehalten.

3. August: Konferenz in Bratislava zwischen den „Fünf“ und der ČSSR. Verabschiedung eines Kommuniqués, mit dem die „Fünf“ später den Einmarsch rechtfertigten (Breschnew-Doktrin).

12. August: Bei den Karlsbader Gesprächen versucht Ulbricht (Staats- und Parteichef der DDR) Dubček noch einmal unter Druck zu setzen.

16. August: Das sowjetische Politbüro beschließt den Einmarsch in die ČSSR.

17. August: Kadar (Ungarns Staats- und Parteichef) versucht Dubček erfolglos „auf den rechten Weg“ zu bringen.

18. August: Bei einem Treffen der „Fünf“ wird die sowjetische Interventionsentscheidung durch die Unterzeichnung eines Geheimprotokolls bestätigt.

20. August: Um 23:30 marschieren die Truppen der Anti-Reform-Allianz in die ČSSR ein.

22. August: Der 14. Parteitag verurteilt den Einmarsch, Wahl eines neuen ZKs, in dem die Reformer die Mehrheit haben, Aufruf zu einem einstündigen Proteststreik

23. August: Einstündiger Proteststreik gegen die Besatzung wird fast lückenlos durchgeführt. Svoboda fliegt nach Moskau, wo er auf der Freilassung der verschleppten Reformer beharrt, da die Bevölkerung eine andere Vorgehensweise nicht akzeptieren werde.

24. August: Svoboda reist nach Moskau. Er besteht auf Verhandlungen, an denen auch die verschleppten Reformer teilnehmen. Endergebnis ist das „Moskauer Protokoll“, das das Ende des Reformprozesses besiegelt.

27. August: Die tschechoslowakische Verhandlungsdelegation kehrt nach Prag zurück.

28. August: Dubček hält eine Rede, in der er die Bevölkerung bittet, Gewaltaktionen gegen die Besatzer zu unterlassen und besonnen zu bleiben, so dass sich die Situation normalisieren könne.

30. August: Wiedereinführung der Pressezensur

1. September: Tagung des ZKs, das den 14. Parteitag für ungültig erklärt und ein neues Parteipräsidium wählt.

1969

16. Jänner: Der Student Jan Palach will durch seine Selbstverbrennung auf dem Wenzelsplatz die Bevölkerung aus der wachsenden Resignation aufrütteln. Er löst damit eine Welle von Demonstrationen gegen Moskau aus.

19. Jänner: Cerník droht mit dem Einsatz des Militärs gegen die Demonstrationen. Trotzdem folgt noch eine Reihe von Selbstverbrennungen, die bis April andauert.

4.-7. März: Tagung des Gesamtgewerkschaftskongresses, auf dem eine „Charta der Gewerkschaftsbewegung“ verabschiedet wird, in der die Gewerkschaft betont, auf Basis eines eigenen Programms eine selbstständige Politik gegenüber Regierung und Staat zu verfolgen.

1. April: Sowjetischer Putschversuch gegen Dubček, der zwar erfolglos bleibt, aber Dubček macht daraufhin weitere Zugeständnisse an Breschnew.

17. April: Dubček wird vom ZK als 1. Sekretär abgewählt.

12. November: Auflösung des ArbeiterInnenrats der Skoda-Werke in Pilsen

1970

Dubček verliert seinen Sitz im ZK und wird im Juni aus der Partei ausgeschlossen.



Die Sozialistische LinksPartei: Aktiv, international, sozialistisch!

Die SLP ist aktiv. Die SLP ist aktiver Bestandteil der Jugendbewegung gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Die SLP ist Teil der Frauenbewegung gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen und aktive Opposition in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurswechsel.

Die SLP ist international. Wir sind Teil des „Komitees für eine ArbeiterInnen Internationale“ (CWI/KAI), dem Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir verstehen uns als Fortsetzung der besten und kämpferischsten Traditionen der österreichischen und internationalen ArbeiterInnenbewegung der letzten 150 Jahre.

Die SLP ist demokratisch. Wir haben keine Privilegien zu vergeben. Wir sind vom Establishment, den bürgerlichen Parteien, Konzernen etc. unabhängig. Wir sind keine KarrieristInnen; FunktionärInnen auf allen Ebenen beziehen maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn.

Die SLP ist sozialistisch. Unser Ziel ist eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun.

Die SLP ist keine „StellvertreterInnen“-Partei! Mitglied werden kann, wer mit den Ideen der SLP/CWI grundsätzlich übereinstimmt und sich aktiv an der Arbeit der Partei beteiligt. Es ist selbstverständlich, dass in der SLP Rassismus und Sexismus nichts verloren haben. Wir stehen für die Einheit der ArbeiterInnenklasse! Wenn Sie / Du Interesse an einem näheren Kennenlernen der SLP oder einer Mitgliedschaft haben/hast, dann zögern Sie / zögere nicht, uns zu kontaktieren.

☎ 01/524 6310 ✉ slp@slp.at 🌐 www.slp.at

Imp: MHV SLP, Kaiserstraße 14/11, Druck: Eigenvervielfältigung

SLP
Sozialistische LinksPartei



25 Jahre VORWÄRTS – die linke Zeitung mit dem längsten Atem!

VORWÄRTS erscheint seit 1983 und ist damit die am längsten erscheinende sozialistische Zeitung in Österreich.

VORWÄRTS bringt (seit 1995 monatlich) sozialistische Standpunkte, Analysen zu aktuellen politischen – nationalen wie internationalen – Fragen und Berichte aus Betrieben, Gewerkschaften und politischen Kampagnen.

VORWÄRTS war niemals „objektiv“, sondern stets auf Seiten der ArbeitnehmerInnen, Jugend und Frauen.

VORWÄRTS tritt immer unzweideutig gegen Sexismus, Rassismus und Rechtsextremismus auf.

VORWÄRTS war und ist unabhängig: unabhängig vom großen Geld der Konzerne.

VORWÄRTS war und ist abhängig: abhängig von seinen LeserInnen und UnterstützerInnen.

VORWÄRTS finanziert sich nicht über Inserate, es finanziert sich über den Verkauf, Abonnements und Spenden seiner LeserInnen.



- ☐ Ja, schickt mir eine kostenlose Probenummer der Zeitung **VORWÄRTS**
- ☐ Ja, ich will ein Abonnement der Zeitung **VORWÄRTS** für 10 Ausgaben bestellen.
(€ 18,- bzw. € 10,- für Menschen ohne eigenem Einkommen; Das Abo endet automatisch nach 10 Ausgaben)
- ☐ Ja, ich will ein All-Inclusive-Abo der Zeitung **VORWÄRTS** und aller anderen Publikationen der Sozialistischen Linkspartei. (ab € 7,- monatlichen Dauerauftrag auf PSK 8812.733)

Vorname

Nachname

Straße / Hausnummer

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

Abschicken an: Sozialistische Linkspartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien oder bequem auf www.slp.at bestellen.

Broschüren und Bücher der SAV



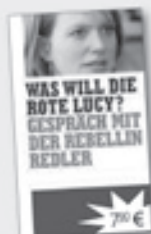
Grundsatzprogramm der SAV

36 S., Grundsätzliche politische Einschätzungen und Schlussfolgerungen der SAV



Che Guevara – Revolutionär & Internationalist

Welche Lehren lassen sich aus Che Guevaras Kampf ziehen?



Was will die rote Lucy?

96 S., broschiert, Interview mit Lucy Redler. Erschienen im edition ost Verlag



Für sozialistische Demokratie weltweit

Was will die SAV?



Frankreich 1968

92 S., broschiert, Studentenprotest - Generalstreik - Revolution



Spanien 1936-1939

Von der Republik zum Bürgerkrieg

Broschiert, eine Textsammlung zu Revolution und Bürgerkrieg in Spanien. Mit Trotzki's „Die spanische Lehre - eine letzte Warnung“.

zu bestellen über: SAV Bundeszentrale, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder info@sav-online.de - Preise zzgl. Portokosten

Aktuelle Infos auf www.sozialismus.info

Mach mit bei den SozialistInnen!

- ☐ Ich möchte weitere Informationen über euch.
- ☐ Ich möchte die **sozialismus.info** - Magazin für marxistische Theorie und Praxis abonnieren. Erscheint halbjährlich.
- ☐ Ich möchte die **sozialist:in:it** - SOZIALISTISCHE ZEITUNG abonnieren. Erscheint monatlich.

Kosten und Bedingungen für ein Abo: 15 € für ein Jahr (Zeitung) bzw. für 4 Ausgaben (Magazin) innerhalb Deutschlands, 20 € für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.

- ☐ Ich will Mitglied der SAV werden.

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € / 20 € / 30 € / 40 € von meinem Konto einzuziehen.

Name Kontoinhaber Kontonummer

Bank Bankfiliale

Name Straße Datum Unterschrift

Postleitzahl und Ort Telefonheim Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder Fax: (030) 24 72 38 04

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP, österreichische Sektion des CWI

www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI

www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)

www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)

www.chinaworker.org

Paginas del CIT/CWI en español

www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

INHALT

Vorwort	5
1968: Prager Frühling	
Eine Chance für echten Sozialismus !?	7
Die Ursachen der Einleitung des Reformprozesses „von oben“	9
Das Programm der „Reformer“	15
Eine massive Bewegung von unten entstand...	25
Die Entwicklung des Konfliktes mit der Fünferkoalition	29
Der Einmarsch und die Okkupation	33
Die „Normalisierung“ – Restauration des Stalinismus	39
Bilanz	45
Interview mit Mirek Voslon	49
KPÖ: Kehrtwende und zurück	55
Was ist Stalinismus?	59
Sozialistisch, kämpferisch und international!	
Verschüttete (?) Traditionen der ArbeiterInnenbewegung in der Tschechoslowakei vor dem Zweiten Weltkrieg.	65
Zeittafel	71